

9 Dringlichkeitsanträge

9.1 Grün- und Freiflächenfaktor (GR Manfred Eber, KPÖ)

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Damen und Herren. Wir haben ja heute schon einige Stücke auf der Tagesordnung gehabt, die sich mit Fragen des Klimas, Klimawandels, Anpassung, usw. beschäftigt haben und die sind, glaube ich, sogar alle einstimmig angenommen worden. Ich bin aber der Meinung, dass wir auch dort, wo es um konkrete Bebauungen geht, genauer hinschauen müssen und auch da versuchen sollten, beispielsweise den Versiegelungsgrad, oder wie es im Antrag eben auch heißt, den Grün- und Freiflächenfaktor, zu verbessern. Wir haben im Zusammenhang mit der Diskussion und des Räumlichen Leitbildes im letzten Jahr, im letzten Frühjahr war das, glaube ich, auch sehr intensiv darüber diskutiert. Wie können wir dahinkommen, dass der Versiegelungsgrad gerade auch bei neuen Wohn- und Bauprojekten insgesamt verringert werden kann, und ich möchte daran erinnern, bereits im Februar 2018 hat der Gemeinderat von Graz eine einstimmig beschlossene Petition an das Land geschickt mit dem Ziel, die Bodenversiegelung im Zuge von Bauverfahren zu reduzieren, und im Mai 2019 hat dann auch, auf Wunsch eigentlich des Gemeinderates, wenn man so sagen will, der Herr Bürgermeister auf dem Wege einer Dringlichkeitsverfügung eine Petition an das Land geschickt mit dem Wunsch sozusagen, dass die Gemeinden selber entscheiden können, wie hoch der Versiegelungsgrad ausfällt, welche weiteren Maßnahmen also hier gegen die Versiegelung von den Gemeinden, von der Stadt Graz in diesem Fall, selbst zu machen sind und Juni 2019 hat es dann abermals einen gemeinsamen Antrag gegeben, eingebracht vom Kollegen Georg Topf, wo wir die Bau- und Anlagenbehörde gebeten haben, in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung hier entsprechende Maßnahmen auszuarbeiten, nachdem das

Steiermärkische Baugesetz novelliert werden hätte sollen, dass man hier gleich mit einer Verordnung das nachschärfen kann. Leider muss man sagen, leider ist das Land hier immer noch sehr säumig, es hat zwar eine Novellierung des Baugesetzes gegeben, aber unseren dringenden Wunsch, der eben mehrfach schon einstimmig gefordert wurde, leider nicht erhört.

Ich darf daher namens des KPÖ Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

stellen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht das Land Steiermark noch einmal eindringlich, § 8 Abs. 3 des Baugesetzes wie folgt abzuändern:

Und das, in Klammern angemerkt, ist also genau die Formulierung, die der Herr Bürgermeister in seiner Petition vom Mai 2019 verwendet hat, der § 8 Abs. 3 möge als lauten:

Überdies wird die Gemeinde ermächtigt, zur Erhaltung und Verbesserung des Kleinklimas und zur Erhaltung eines nachhaltigen Grundwasserhaushaltes einen Grünraum- und Freiflächenfaktor, als Verhältnis der Grün- und Freiflächen zur Bauplatzfläche, zu verordnen.

Die Bau- und Anlagenbehörde sowie das Stadtplanungsamt erarbeiten nach Vorliegen der entsprechenden gesetzlichen Ermächtigung unverzüglich eine entsprechende Verordnung und legen diese zur Beschlussfassung vor.

Ich ersuche um Annahme. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Wenn man mit Grazerinnen und Grazern über Bodenversiegelung, Grünraum, Parks und Erholungsflächen, aber auch über die Folgen der Klimaveränderung spricht, hört man immer häufiger große Unzufriedenheit mit der Grünraumausstattung heraus.

Die Kritik bezieht sich dabei sowohl auf den öffentlichen Raum als auch auf viele Bauvorhaben, bei denen zu wenig auf den Grünraum, öffentlich und siedlungsöffentlich, geachtet wird. Dabei geht es bei beiden Punkten um Grünraum in unmittelbarer Nähe der Wohnung bzw. auch des Arbeitsplatzes, also fußläufig erreichbaren. Dass Graz über einige große Parkanlagen und im Grüngürtel über schöne Ausflugsziele verfügt, steht ja außer Zweifel.

Aber dieser tagtäglich spürbare Mangel an Grün hat ja auch in der Vergangenheit zu Diskussionen hier im Gemeinderat geführt.

Im Februar 2018 schickten wir eine einstimmig beschlossene Petition an das Land Steiermark. Ziel war es, die Bodenversiegelung im Zuge von Bauverfahren zu reduzieren.

Im Zusammenhang mit der Diskussion und der Beschlussfassung über das Räumliche Leitbild gab es zwei Petitionen. Einmal im Wege einer Dringlichkeitsverfügung des Herrn Bürgermeisters, kurz darauf eine weitere des Gemeinderats im Juni 2019. Ziel war, eine Verordnungsermächtigung zu erhalten, um die Vorschreibung eines Grün- und Freiflächenfaktors zu ermöglichen.

Der Erfolg dieser Petitionen war endenwollend. Die Novellierung des Steiermärkischen Baugesetzes vor mittlerweile einem Jahr erlaubt der Stadt Graz lediglich, den Grad der Bodenversiegelung von unbebauten Flächen vorzuschreiben bzw. einen höheren Prozentsatz (als 50 %) der nicht überdachten Abstellflächen festzulegen. Das ist natürlich bei weitem nicht ausreichend.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

1. *Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht das Land Steiermark noch einmal eindringlich, § 8 (3) wie folgt, abzuändern:*

„(3) Überdies wird die Gemeinde ermächtigt, zur Erhaltung und Verbesserung des Kleinklimas und zur Erhaltung eines nachhaltigen Grundwasserhaushaltes einen Grünraum- und Freiflächenfaktor, als Verhältnis der Grün- und Freiflächen zur Bauplatzfläche, zu verordnen.“

2. *Die Bau- und Anlagenbehörde sowie das Stadtplanungsamt erarbeiten nach Vorliegen der entsprechenden gesetzlichen Ermächtigung unverzüglich eine entsprechende Verordnung und legen diese zur Beschlussfassung vor.*

GR HR DI Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Ich darf vorweg sagen, dass die ÖVP-Fraktion sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmt. Ich möchte nur, jetzt nicht lehrmeisterlich, aber doch ein bisschen in die Tiefe gehen, weil immer wieder allenfalls da und dort eine Verwechslung vom Begriff Bodenversiegelung und vom Grünraum- und Freiflächenfaktor stattfindet, da und dort wollen wir diskutieren auch in den entsprechenden Bereichen, in den entsprechenden Gruppen wird das ein bisschen durcheinandergebracht, sage ich jetzt ein bisschen vorsichtig. Wir haben, und das ist angeführt worden, im Steiermärkischen Baugesetz jetzt in der letzten Novelle oder in der Novelle aus dem Februar des heurigen Jahres, es war das Landesgesetzblatt Nummer 11/2020, tatsächlich Begriffe, tatsächlich Anmerkungen, und nicht unwesentliche Anmerkungen, die die Bodenversiegelung ansprechen. Es wird erstens einmal, ganz wichtig, im § 4 in der Ziffer 18 wird die Bodenversiegelung bestimmt, also es wird dort ausgesprochen, was das Baugesetz

unter der Bodenversiegelung meint, dann wird im § 8, den du angesprochen hast, noch einmal über diese Versiegelung gesprochen, es ist also schon im Baugesetz zumindest in einem großen Umfang das Versiegelungsthema angesprochen, es wurde dann im § 8 in der Ziffer 4 die Berechtigung für die Gemeinde ausgesprochen, die das gesamte Gebiet oder Teile desselben, nach Maßgabe dieser Kriterien, eben die Bodenversiegelungsfläche mit einem entsprechenden Grad auszustatten. Nach meinem Wissenstand ist momentan eine Karte in Bearbeitung, wo man für den urbanen Bereich, für die Stadt Graz, eben diese maximalen Versiegelungsgrade festlegt. Wir haben allerdings, und das war mein Ansatz, den du ja auch angesprochen hast, über diese horizontale Betrachtung der Bodenversiegelung wollten wir seinerzeit, und das war der Grünraum-Freiflächenfaktor, auch Möglichkeiten in der planerischen Breite, diesen Grünraum-Freiflächenfaktor nicht nur in der horizontalen Ebene zu betrachten, sondern auch, und das ist für mich sehr wichtig, deswegen stimmen wir auch zu, sondern auch eine vertikale Begrünung oder ein Biotop oder auch eine begrünte Dachfläche in die Überlegungen der Entsiegelung miteinzubringen, das ist ein wesentlicher Punkt. Die Bodenversiegelung geht tatsächlich nur auf die Fläche zu ebener Erde, wenn ich das so sagen darf, hin, berücksichtigt aber nicht eine begrünte Dachfläche, berücksichtigt nicht die Möglichkeiten der Berücksichtigung einer vertikalen Begrünung, die übrigens auch von der Stadt Graz gefördert wird, sage ich nur dazu. Und das ist auch wichtig, und das ist heute auch angesprochen worden, insbesondere im urbanen Bereich, die Klimasituation auch nicht, wenn z.B. große Wasserflächen man schafft, also das ist ein wichtiger Punkt, deshalb unterstützen wir diese Situation und ich möchte schon betonen, dass auch der Herr Bürgermeister jetzt kürzlich auch mit dem Herrn Landesrat Seitinger Initiativen setzt, also die Dachflächen, die Dachflächengärten ganz stark auch sozusagen in den Genossenschaftsbau miteinzubringen. Ich glaube Herr Bürgermeister, es gibt die Pilotprojekte, die jetzt sozusagen auch diesen Bereich der Dachfläche, die ja sozusagen in der klassischen Diktion der Bodenversiegelung im Steiermärkischen Baugesetz nicht Rechnung trägt, dass man das berücksichtigt.

Aus meiner Sicht ist dieser Antrag noch einmal zu stellen, wenngleich ich etwas einschränkend sagen darf, dass das, was jetzt im Baugesetz fixiert und auch durch die Bau- und Anlagenbehörde vollzogen wird, klarerweise, wir müssen ja auch bei jedem Antrag, bei jedem Bauverfahren, und das ist ein Punkt, den du nicht im Detail angesprochen hast, aber der steht im Baugesetz drinnen. Schon bei der Einreichung muss der Bodenversiegelungsgrad angegeben werden, es muss sozusagen auch schon in den Projektunterlagen der Versiegelungsgrad fixiert werden, das ist also ein wesentlicher Punkt, der in Projektunterlagen § 23 in der Ziffer 1 Abs. 1 angesprochen wird. Zusätzlich wurde auch dann in der teilweisen Erfüllung unserer Petition auch die Angabe des Bodenversiegelungsgrades immer noch horizontal betrachtet, hier für dieses Bauverfahren eingefordert, also das ist schon ein Schritt, sage ich, der im Bauverfahren berücksichtigt wird. Wir haben allerdings, sozusagen das sehr eingengt und das ist der wesentliche Kritikpunkt, wenn ich durchaus hier etwas schärfer formuliere, dass wir Situationen haben, wo wir diese Einschränkung, streng betrachtet, auch die Fläche mit den 50 % in der Form nicht umsetzen können, sondern wir müssen eben die Breite, die planerische Breite, sozusagen schaffen, dass auch die Dachfläche, wenn sie begrünt wird, exzessiv, intensiv, wie auch immer man das betrachten möge, und auch die Möglichkeit einer vertikalen Begrünung in der Betrachtungsweise der Entsiegelung. Wir sprechen jetzt sozusagen weiterführend von der horizontalen Betrachtung und berücksichtigen auch die vertikale Betrachtung und deshalb müssen wir, und ich gehe eigentlich davon aus, weil ich die Diskussionen zwischen Bürgermeister und auch der Steiermärkischen Landesregierung oder dem Landtag sehe, ich gehe davon aus, dass dieser Begriff, den du ja mir zugeordnet hast, der eigentlich ein Begriff der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ist, der aus der Boku stammt, also das ist ein Begriff, den ich sozusagen im Zuge der Diskussion des Räumlichen Leitbildes aus den Universitäten miteingebracht habe, ich denke, dass dieser Begriff in Bälde im Steiermärkischen Baugesetz, wie gesagt, Niederschlag finden wird. Wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen (Appl.).

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals Herr Gemeinderat, Leidenschaft ist dir nicht abzusprechen in diesem Thema.

GR Dreisiebner:

Ich danke dem Vorredner Georg Topf, dem, meines Erachtens, nicht nur Leidenschaft nicht abzusprechen für das Thema, sondern auch ein ganz fundiertes Wissen zum Thema nicht abzusprechen ist. Wir arbeiten daran ja schon sehr lange, ich danke für seine sehr ausführliche Wortmeldung, die ich nur unterschreiben kann, wo wir ein Stück weit noch mehr fachsimpeln könnte und ich danke auch dem Antragsteller, dem Klubobmann Manfred Eber, das Thema heute wieder eingebracht zu haben. Ja, wir haben diese Petitionen in den letzten Jahren mehrfach an den Landesgesetzgeber abgeschickt, wir haben noch nicht Ergebnisse, die wir brauchen und die Ergebnisse, die wir wollen, und ich finde es auch deswegen sehr gescheit, und Hut ab, es ist eine neue Landesregierungs- bzw. Landtagsperiode ja mittlerweile begonnen worden und es wird somit auch dem Landesgesetzgeber, der ja anders zusammengesetzt ist als der damalige, teilweise, dahingehend das Ganze wieder näher in Erinnerung gebracht. Wir unterstützen den Antrag des Kollegen von der KPÖ voll und ganz und ich freue mich, dass das offensichtlich auch mehrheitlich so gesehen wird und trotzdem mag ich einen Schritt weitergehen und ich denke, dass wir mit dem Petitions-Hin- und Herschicken, oder eigentlich nur Herschicken oder Hinschicken, also in eine Richtung, dass das vielleicht nicht reicht, dass man vielleicht wirklich einmal versucht, auf der Ebene mit den Materien in den Ausschüssen, im Landtag, aber natürlich auch bei uns im Gemeinderat befassten und allfällig könnten man das ja auch auf weitere Gemeinden im Umland der Stadt Graz oder in andern urbanen Gebieten auch noch ausweiten, dass man einmal versucht, miteinander zu reden, ExpertInnen-Input beizubringen, das was der Georg Topf jetzt quasi in einem Kurzreferat gesagt hat, noch ausführlicher zu machen, und deswegen erlaube ich

mir, einen Zusatzantrag einzubringen, wo ich hoffe, dass er erstens angenommen wird und der Bürgermeister dieses Ersuchen, diesen Auftrag auch gerne mitnimmt.
Der

Zusatzantrag

lautet:

Herr Bürgermeister Nagl als zuständiger Stadtsenatsreferent wird ersucht, mit der Landesebene Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel eines gemeinsamen Fach-Symposiums von Stadt Graz und Land Steiermark zum Themenkomplex Baulanddurchgrünung und Versiegelungsreglements als Instrument der Klimawandelanpassung für wachsende urbane und semi-urbane Gemeinden und Städte. Zielgruppen dieses Symposiums sollen die politischen Verantwortungsträger und Verantwortungsträgerinnen und die Fach-Experten und -Expertinnen auf Gemeinde- und Landesebene sein, die dann in einem weiteren Prozess neue Lösungen für die Herausforderungen, mit denen die Stadt Graz konfrontiert ist, entwickeln sollen. Ich ersuche im eure Zustimmung.

Originaltext des Zusatzantrages:

Der Antrag möge um folgenden 3. Antragspunkt ergänzt werden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, mit der Landesebene Gespräche aufzunehmen, mit dem Ziel eines gemeinsamen Fach-Symposium von Stadt Graz und Land Steiermark zum Themenkomplex Baulanddurchgrünung und Versiegelungsreglements als Instrument der Klimawandelanpassung für wachsende urbane und semi-urbane Gemeinden und Städte. Zielgruppen sollen die politischen VerantwortungsträgerInnen und die Fach-ExpertInnen auf Gemeinde- und Landesebene sein, die dann in einem weiteren Prozess neue Lösungen für die Herausforderungen, mit denen die Stadt Graz konfrontiert ist, entwickeln sollen.

GR Sickl:

Werte Kollegen, werte Damen und Herren. Ja, Manfred, das Land ist hier säumig und hier ist wirklich noch Luft nach oben, deutlich Luft nach oben sogar, und daher unterstützen wir deinen Antrag und sehen auch die Dringlichkeit, allerdings macht die Stadt hier schon das Beste daraus mit der Situation, in der sie jetzt zu leben hat und es wird gearbeitet an diesem Problem. Es wird auch jeder Einzelfall geprüft und ich wiederhole mich, ich möchte gerne noch einmal das sagen, was ich zuerst gesagt habe, alle Abteilungen, alle entsprechenden Abteilungen haben schon jetzt den Auftrag, klimafreundlich zu arbeiten und tun dies auch mit all ihrer Kraft. Die Grünraum-, die Bau- und Anlagenbehörde, aber auch die Stadtplanung arbeiten da Hand in Hand, aber jetzt hat die Landesregierung den Auftrag oder sollte den Auftrag von uns bekommen, hier wirklich ins Tun zu kommen und diese Forderungen, diese wichtigen Forderungen der Stadt Graz umzusetzen. Dankeschön und danke für den Antrag.

GR Mag. (FH) Muhr:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer am Livestream. Sehr geehrter Antragsteller, lieber Manfred, vielen Dank für deinen wichtigen Antrag, dem wir von der SPÖ natürlich auch hinsichtlich der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen, ich danke auch dem Georg Topf für seine ausführlichen Erläuterungen, ich bin mir schon wie im Hörsaal vorgekommen, aber das war ganz wichtig und ich danke dir für deinen Wissenstransfer, der natürlich auch notwendig ist. Wir sehen das natürlich auch ganz gleich, der Grünflächenfaktor ist ein ganz wichtiges Instrumentarium, nicht nur hinsichtlich des Klimas, er ist auch ein wichtiges Instrumentarium, wie wir unsere Stadt gestalten, wie wir sie lebenswert machen für unsere Grazerinnen und Grazer und das ist natürlich zukunftsweisend und wir hoffen natürlich auch, dass wir auf der Landesebene dort weitere Schritte dort setzen können hinsichtlich, dass das Gesetz auch umgesetzt wird in unserem Sinne. Dem Zusatzantrag von Klubobmann

Dreisiebner stehen wir natürlich auch positiv gegenüber, es macht immer Sinn, auf einem Fach-Symposium über dieses Thema zu sprechen bzw. auch dort neue Erkenntnis zu bekommen und vielleicht ist es auch ein weiteres Instrumentarium, damit hier auch etwas weitergeht in dieser Geschichte. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrags wurde einstimmig angenommen.

GR Eber:

Ich kann es sehr kurz machen mit meinem Schlusswort. Erstens, herzlichen Dank an alle Fraktionen, die diesem Antrag zustimmen und wenn das wie bei der Dringlichkeit ist, werden das ja alle sein, das freut mich sehr. Vielen Dank, Georg Topf, für deine Ausführungen vorhin und deine Klarstellungen, die du da getroffen hast und dem Zusatzantrag vom Karl Dreisiebner werden wir natürlich auch gerne zustimmen. Ein Wort noch zu dem, was der Heinrich Sickl gesagt hat; du hast gesagt, alle Abteilungen arbeiten bereits mit Hochdruck, um die Stadt auch möglichst klimafreundlich zu machen, also sinngemäß, so hat er es gesagt, kann ich nur unterstreichen, bedanke mich an dieser Stelle auch herzlich bei allen Abteilungen, die da irgendwie involviert sind: von der Stadtbaudirektion über Stadtplanung, Verkehrsplanung, Straßenamt, Bau- und Anlagenbehörde, also da wird wirklich sehr gute Arbeit geleistet und dennoch brauchen wir diese verbesserten Möglichkeiten, sage ich einmal, dass die Versiegelung, und jetzt sage ich bewusst Versiegelung, dass dieser ein bisschen Einhalt geboten wird. Danke (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

9.2 Betreuungssicherheit für Eltern im Corona-bedingten Bedarfsfall (GR Horst Alic, KPÖ)

GR Alic:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kolleginnen, wie dem Motiventext zu entnehmen ist, geht es um Betreuungssicherheit für Eltern. Die Corona-Krise hat uns allen das Leben schwergemacht, der sogenannte erste Teil dauert ja fort bzw. wird jetzt zum sogenannten zweiten Teil. Es gibt, warum auch immer, die Möglichkeit, und wir können da nicht in die Zukunft schauen, dass unsere Bildungseinrichtungen vom Kindergarten, Kinderkrippe oder auch Hort geschlossen wird und in dem Fall sollen weder Eltern vor die Wahl gestellt werden, arbeiten zu gehen oder auf ihre Kinder zu schauen, noch ist es den Arbeitgebern oder Dienstgebern zuzumuten, sich entscheiden zu müssen, ob sie Leute anstellen, die Kinder haben oder eben solche, die keine haben. Wir können auf die Bundesgesetzgebung natürlich nicht einwirken, es gibt arbeitsrechtliche, dienstrechtliche Vereinbarungen wie Pflegeurlaub, Sonderdienstfreistellung oder Urlaub, oft ist man jetzt schon in der Situation, dass man alles aufgebraucht hat bzw. den größten Teil aufgebraucht hat und da sollten wir als Stadt Graz, das können wir nämlich machen, frei nach Joki Kirschner, schon jetzt rechtzeitig darauf schauen, dass wir es dann haben, wenn wir es brauchen, nämlich die Möglichkeit für Eltern, sollten sie gezwungen sein, dass ihre Kinder auf einmal daheim sind, dass es die Möglichkeit gibt, dass es entweder mobile Betreuungsdienste gibt oder dass man eben sonst irgendwie schaut. Auf jeden Fall sollten alle Möglichkeiten geprüft werden und auch bei der Finanzierbarkeit geholfen werden sollte, sollte es zu so einem Fall kommen. In diesem Sinne stelle ich, seitens der KPÖ den

Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, mehrere Möglichkeiten zu prüfen, um Eltern im Bedarfsfall lt. Motivenbericht bestmögliche Unterstützung zur Sicherstellung der Betreuung ihrer Kinder zukommen zu lassen, und da bitte ich um Annahme (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Zu Beginn der Corona-Krise gab es seitens der DienstgeberInnen noch mehr Möglichkeiten, auf einen Freistellungsbedarf ihrer MitarbeiterInnen einzugehen, wenn sie zur Betreuung ihrer Kinder zu Hause bleiben mussten.

Mittlerweile sind aber die Kontingente betreffend Urlaub, Pflegefreistellung usw. bei vielen Eltern bereits aufgebraucht. Es steht zu befürchten, dass es bei einer Verschärfung der Krise in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder zur Schließung von Schulen oder sonstigen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen (Kindergärten, Kinderkrippen, Horte) kommen wird.

Hier gilt es, als Stadt für den Fall der Fälle vorbereitet zu sein, um Eltern in dieser Situation bestmöglich unterstützen zu können, damit die Betreuung der Kinder einerseits sichergestellt und andererseits auch leistbar ist.

Vorstellbar wäre, dass die Stadt Graz einen Pool für Notfall-Betreuungspersonen einrichtet oder mit bereits bestehenden Einrichtungen, wie z. B. KiB, BabysitterInnenpool der TU o. ä., zusammenarbeitet, evtl. auch über die Kinderdrehscheibe.

Als finanzielle Unterstützung für die Eltern wären beispielsweise Schecks oder eine Refundierung von Betreuungskosten denkbar.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, mehrere Möglichkeiten zu prüfen, um Eltern im Bedarfsfall lt. Motivenbericht bestmögliche Unterstützung zur Sicherstellung der Betreuung ihrer Kinder zukommen zu lassen.

StR Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Horst. Wir sind alle bemüht, der Covid-Herausforderung gerecht zu werden. Lieber Horts, du weißt, du hast schon öfters Vorschläge gebracht im Gemeinderat, wenn ich davon überzeugt bin, dass sie uns weiterhelfen, dann bin ich der Erste, der diese Ideen aufnimmt. Diesem Antrag werden wir jetzt aber nicht zustimmen, ich sage dir auch, warum. Robert Krotzer ist der gewählte Gesundheitsstadtrat von deiner Fraktion, wir haben die Krise jetzt nicht erst seit gestern, sondern wir haben jetzt einen ganzen Sommer zum Durchschnaufen Zeit gehabt und mich wundert es nur, dass niemand von deiner Fraktion und auch nicht der Gesundheitsstadtrat zu mir gekommen ist und einen Vorschlag gemacht hat, also da war wirklich nichts zu hören und jetzt, nachdem eine Woche Kinderkrippen, die Kindergärten und die Schulen den Betrieb wieder aufgenommen haben, kommst du mit einer parteipolitischen Initiative, wo im Antragstext nicht ganz genau hervorgeht, meinst du jetzt das Gesundheitsamt als Adresse oder meinst du die ABI, und die Stoßrichtung ist uns auch nicht ganz klar, weil ich kann dir versichern, meine Abteilung für Bildung und Integration macht alles, dass die institutionelle Betreuung aufrechterhalten werden kann, also dass alle Kinder, die gesund sind, eine Betreuung haben. Wenn jetzt Kinder aber an Covid erkranken, wenn Kinder als Verdachtspersonen ersten Grades eingestuft werden, sind sie zuhause zu betreuen und ich hoffe, dass wir uns da einig sind, wenn Kinder erkrankt sind oder eben den Verdacht haben, erkrankt zu sein, dass hier die Erziehungsberichtigten die Betreuungsverantwortung haben. Ich weiß

nicht, ob das rechtlich überhaupt erlaubt ist über das Gesundheitsamt, dass wenn man einen Absonderungsbescheid bekommen hat, dass eine hausfremde Person das Kind dann betreut, also das hoffe ich nicht, dass das möglich ist und hier müssen wir alles tun, dass wir die Eltern unterstützen, dass wir auch die Bundesregierung noch einmal ersuchen, dass mit den Arbeitgebern geredet wird, aber da ist die Verantwortung schon bei den Eltern. Das heißt, ich werde mich dafür einsetzen, dass die Bildungseinrichtungen auch zu jedem Zeitpunkt die Betreuung sicherstellen können. Wir haben auch Vorkehrungen getroffen, dass die Betreuungseinrichtungen in der Gruppe betreuen, dass es hier nicht zu großen Vermischungen kommt, das gewährleistet auch, dass wir nicht ganze Einrichtungen schließen müssen und von dem her die ABI ist gut vorbereitet. Ich hoffe, dass wenn das nächste Mal von euch ein Vorschlag kommt, dass wir uns einfach zusammensetzen, weil die Covid-Krise soll wirklich keinen Platz bieten, gerade in einer Stadt wie Graz, dass man da parteipolitisch Hickhacks austragen, sondern da geht es darum, dass wir zusammen bestmöglich für die Bevölkerung arbeiten (*Appl.*).

GR Ehmann:

Geschätzter Herr Bürgermeister, Kollegen der Stadtregierung und geschätzte Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen. Ich denke, dieser Antrag hat durchaus seine Berechtigung. Warum? Ich glaube, es geht gar nicht um parteipolitische Geplänkel, ich glaube, es geht gar nicht darum, ob die Zuständigkeiten nun tatsächlich im Gesundheitsamt oder im Sozialamt oder im Jugendamt oder im ABI, sonst wo liegt, ich glaube, es geht um eine Grundsatzproblematik. Es ist durchaus als blauäugig zu bezeichnen, wenn ein Bundesminister sich hinstellt und erklärt, naja, wenn die Kinder leichte Anzeichen oder Symptome haben, ich sage nur Schnupfen, also man ist bald einmal verschnupft, sagen wir mal so, und dieses Anzeichen hat, dann ist man da sehr stark sensibilisiert und kommt möglicherweise in die Verlegenheit, dass die Kinder-

und Betreuungseinrichtung sagt: „Bitte nicht zu uns geben, oder nicht bei uns lassen, sondern bitte wieder nachhause mit dem Kind gehen“. Jetzt ist das grundsätzlich gesetzlich gut geregelt, nämlich mit der Pflegefreistellung als auch mit Urlaubsmöglichkeiten etc., aber gerade jetzt, wo Covid voll durchschlägt oder wiederum aufkeimt und wir den Sommer erlebt haben, wo viel Eltern ihre Betreuungsmöglichkeiten bzw. gesetzlichen Regelungen vielfach aufgebraucht haben, das war auch zusammenhängend mit dem Lockdown davor, also denken wir mal an Überstunden, die aufgebraucht worden sind und Urlaubszeiten, die aufgebraucht worden sind, hier und dort vielleicht Pflegefreistellung, die aufgebraucht ist, da kommt man zu einem Punkt, wo man dann sagt: „So und was mache ich jetzt?“, und ich bin jetzt leider nicht in der glücklichen Lage, Großeltern zu haben oder Verwandte zu haben, die auf mein Kind spontan schauen können, weil das wird ja vor der Betreuungseinrichtung entschieden: Kommst du rein oder nicht? Dann wird es schwierig eben, dem nachzukommen oder der Kinderbetreuung oder bzw. der Kinderbetreuungspflicht nachzukommen und gleichzeitig seinem Dienstgeber oder der Dienstgeberin zur Verfügung zu stehen und das kann durchaus ein Problem werden und da glaube ich, ist es eben, wie Bildungsminister Faßmann gemeint hat, durchaus blauäugig zu glauben, dass die Arbeitgeber da eh Rücksicht darauf nehmen und dass das nicht das Problem sein wird. Das wird im öffentlichen und im halb-öffentlichen Dienst vielleicht kein Problem sein, aber das wird im privatwirtschaftlichen Bereich durchaus da oder dort ein Problem sein können, und daher sehe ich diese Initiative, die der Kollege Alic angesprochen hat, durchaus als Möglichkeit zu sagen, haben wir die Möglichkeit, prüfen wir die Möglichkeit, einen Pool zu schaffen, quasi Persönlichkeiten zu installieren, die in so einem Notfall spontan einspringen können und sagen könne: „Ok, es gibt die Möglichkeit A oder B, Ihr Kind kann jetzt abgeholt werden von uns oder wir holen Ihr Kind ab. Sie bekommt eine Betreuungsmöglichkeit bis zum nächsten Tag, haben Sie das dann vielleicht anders geregelt oder brauchen tatsächlich noch einen zweiten Tag dazu?“, nur als Beispiel, aber es ist die Rede von einer Pool-Lösung, also so hätte ich es das

verstanden, wie du den Antrag gemeint hast, ich hoffe, ich liege da in der Interpretation richtig und nicht als Zuständigkeits-Hickhack oder als politisches Hickhack, sondern tatsächlich sich der Sache annehmend, was machen, wir wenn so ein Fall bestehend ist, und das wäre ein Lösungsansatz zu prüfen, gibt es eine Poolmöglichkeit, daher werden wir der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen.

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream, es ist jetzt eh schon einiges vom Michi Ehmman gesagt worden, also ich verstehe diesen dringlichen Antrag auch als unmittelbare Reaktion auf Probleme, die ganz viele Eltern mit Betreuungspflichten im Herbst haben werden. Unter uns gesagt, Kurt, wir haben ja beide Kinder im ähnlichen Alter und wissen beide, wie oft gerade Kleinkinder im Herbst/Winter verschnupft sind oder leichte Infekte haben, wo man ein Kind normalerweise einfach in den Kindergarten bringen würde und wenn ich denke, wenn die Kinder wirklich bei jedem dieser Infekte zuhause bleiben sollen, was ja sehr Berechtigung auch hat im Sinne des Schutzes anderer, dann muss man die Eltern irgendwie unterstützen und ich weiß jetzt auch keine Patentlösung, aber ich finde die Anregung des dringlichen Antrages absolut richtig, dass man darüber nachdenken muss, und in etwas möchte ich Michi Ehemann vielleicht korrigieren, weil du gerade gemeint hast, wenn dann keine Großeltern zu Verfügung stehen, ich hoffe doch nicht, dass jemand, wo vielleicht unklar ist, ob die Kinder mit Corona infiziert sind, die Großeltern zur Betreuung heranzieht, weil das wäre ja genau das Allerschlechteste, also eben Menschen, die besondere Risikogruppen sind, zusätzlich zu gefährden, das heißt, es braucht da vielleicht wirklich ein Betreuungspool oder zusätzliche Angebote und etwas, das mich die letzte Woche auch beschäftigt hat, wo ich selber einen Corona-Test hatte, der zum Glück negativ war: Was passiert wirklich in einer Situation, wo es in einer Familie Corona gibt

und die Eltern über zwei bis drei Wochen flachliegen und die Kinder kaum betreuen können, also wer unterstützt diese Eltern in der Situation? Das sind wirklich Fragen, die man sich stellen muss, weil natürlich können dann Familienmitglieder nicht einfach einspringen und sich selber gefährden und es ist kein ganz unwahrscheinliches Szenario, weil viel Menschen zumindest, auch wenn sie keinen schweren Verlauf haben, zwei bis drei Wochen wirklich mit schweren Symptomen im Bett zumindest liegen und einfach sich auskurieren müssen, also für mich gibt es da wirklich Fragezeichen, wie man gute Betreuung der Kinder in allen möglichen Eventualitäten sicherstellen kann und deswegen finde ich das sehr wichtig, dass du den Antrag eingebracht hast. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ich werde hier nur ganz kurz Stellung nehmen zu meinen beiden Vorrednern, denen ich natürlich vollinhaltlich zustimme. Ich stehe jetzt hier aber als Unternehmerin und möchte einfach nur noch einmal zu bedenken geben, jeder Krankenstand wird von einem Unternehmer bezahlt. Die Klein- und Mittelbetriebe, die im Grunde die Last zu tragen haben nach Corona, die werden natürlich keine Freude haben, wenn der Herr Faßmann in Wien blauäugig wie Herr Ehmann sagt, die Kinder bei Schnupfen eben zuhause lassen sollen. Bitte, wir können diese Geschichte nicht wieder ausweiten und auf dem Rücken der Unternehmer und Unternehmerinnen austragen, das bitte ich zu bedenken; es sollte doch eine Möglichkeit geben, dass es hier Hilfe für Unternehmer gibt, wenn, was ich mir schon vorstellen kann, ein schwieriger Herbst auf uns zukommt, ein verunsichernder Herbst, weil auch die Eltern gar nicht wissen, Kind hat Schnupfen: „Was mache ich jetzt, kann ich es jetzt in den Kindergarten oder in die Schule schicken oder soll ich gleich zuhause bleiben?“, und auch noch einmal, was ist, wenn Pflegeurlaub und Urlaube verbraucht sind, wer zahlt das? Der Unternehmer, und das finde ich nicht ganz Ok. Danke (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (16.39 Uhr).

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer via Livestream, lieber Antragsteller, vielen Dank für diesen Antrag, denn der gibt mir die Möglichkeit, zu dem Thema etwas zu sagen, was mir schon lange auf der Zunge brennt und nicht nur mir, sondern auch vielen anderen Eltern. Ich führe viele Gespräche täglich in der Früh vor dem Kindergarten und vor der Volksschule, die Eltern sind verunsichert, besorgt und viele auch schon richtig zornig bei diesem Chaos, das sich hier abspielt, eine Betreuungssicherheit der Kinder ist wohl das Mindeste, wofür der Staat, die Bundesregierung zu sorgen hätte, die so ein Dilemma angerichtet haben, dass sich die Wirtschaft wieder erholen kann, dass Mama und Papa ein Arbeitsstelle haben und auch behalten können, das wäre das Mindeste, wenn die Kinder, wie wir es jetzt schon gehört haben, mit einem einfachen Schnupfen oder einem Husten wieder nachhause geschickt werden. Deshalb, mein kleiner Sohn ist auch ein Kindergartenkind und vorigen Winter hat der alle drei Wochen Schnupfen oder Husten gehabt, das ist normal, Normalität, und deshalb bitte ich darum, kommen wir zurück zur Normalität, wir haben in der Steiermark gerade 18 Erkrankte im Krankenhaus und 3 auf der Intensivstation. Am Montag, am ersten Schultag nach den Ferien, so ein trauriges Bild, wenn man dann zur Volksschule geht und am Schulhof Erstklässler sieht mit ihrer Schultüte und einer Maske im Gesicht, im Freien, am Schulhof, Sechsjährige. Wo bleibt da eigentlich der Aufschrei, wie mit unseren Kindern verfahren wird? Wo bleibt da der Aufschrei über ihr psychologisches Wohlergehen? Es gibt jetzt eine aktuelle Studie, eine Umfrage von der Uniklinik Hamburg, wo eigentlich die Quintessenz das ist, Kinder leiden psychisch stark unter Corona. Es gibt unzählige Experten, ein paar lauter, die meisten nur unter vorgehaltener Hand, die der Meinung sind, eben in unserer Demokratie mit unserer Meinungsfreiheit, wo man, wenn man sich kritisch äußert, eh seinen Job verlieren kann, die der Meinung sind, dass die Corona-Maßnahmen

total überzogen sind und einer dieser Experten ist der Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, da gibt es übrigens auch ein aktuelles Interview auf Servus TV mit dem Dr. Wegscheider, das kann ich jedem nur empfehlen, weil bekommt man ein paar Denkanstöße, einmal eine Horizonterweiterung, eine andere Sicht auf die Dinge, der sagt, nicht nur er, das sagen viele, dass die Maskenpflicht sinnlos ist und er sagt auch, dass man kleine Kinder Masken tragen lässt, dass das eigentlich Kindesmisshandlung ist und ich als zweifache Mutter sehe das eigentlich ähnlich (*Appl.*).

Also im Moment sind die Maßnahmen dank Grün-schwarzer Bundesregierung eh wie sie sind, ich meine so eine Buh-Lösung ist aufgrund der Zahlen, die wir zu erwarten haben, wie viele Kinder Schnupfen haben werden, ist ja komplett unrealistisch, deshalb unsere Empfehlung: zurück zur Normalität (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, bevor ich den Antragsteller zum Schlusswort bitte, möchte ich ganz kurz noch einmal meinen großen Dank an alle BetreuerInnen und alle PädagogInnen aussprechen, die gerade in diesen Wochen eine hervorragende Arbeit leisten. Bitte vielleicht einen Applaus für dieses pädagogische Personal (*Appl.*), und noch einmal meine Zusicherung, dass wir alles daransetzen werden, dass wir für die gesunden Kinder, aber auch für die Schnupfnasen im Herbst eine institutionelle Betreuung sicherstellen werden, ich bin ja laufend mit allen Einrichtungen in Kontakt, also das pädagogische Personal ist wirklich sehr dahinter, dass wir das schaffen. Ich möchte noch einmal zu deinem Vorschlag sagen, ich bin für Vorschläge offen, wir können uns auch noch einmal zusammensetzen, wenn du deine Patentlösung hast mit einem Pool und da möchte ich auch meiner Vorrednerin auch zustimmen, das ist schwierig, wir haben ja oft Probleme, das pädagogische Personal in unseren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sicherzustellen, weil wir leider zu wenig PädagogInnen allgemein haben. Das heißt, wenn wir das nicht schaffen, wird es schwierig,

wirklich für alle verschnupften und hustenden Kinder eine Begleitperson bereitzustellen, wie das auch meine Vorrednerin gesagt hat, wenn die Schule oder der Kindergarten dann anruft: „Ihr Kind ist abzuholen, aber wir stellen eine Betreuungsperson zur Verfügung“, da bitte ich auch, dass wir realistisch bleiben und nicht den Menschen etwas in Aussicht stellen, das wir einfach nicht erfüllen können. Noch einmal: wir sind hier wirklich sehr bemüht und mein Angebot, nicht nur über den Sommer, sondern auch jetzt, dass wir uns zusammensetzen, wenn es da irgendeinen guten Vorschlag gibt. Jetzt bitte um dein Wort (*Appl.*).

GR Alic:

Vielen Dank, es ist vieles gesagt worden. Lieber Kurt, ich habe gedacht, bei dir in offene Türen zu rennen, indirekt habe ich das aber eh mit dem Vorschlag, dass wir uns zusammensetzen. Hätte ich eine Patentlösung, stünde ich nicht hier, das ist eh klar. Zu den Verordnungen, die es hier gibt, ja, ich bin auch nicht mit allem einverstanden und dazu kommt, dass sich Viren auch nicht an Verordnungen halten, sonst würden wir ja nicht zum Arzt gehen, wenn man krank ist, sondern zum Juristen und letztendlich habe ich mit der Maske selbst auch keine Freude, aber das war jetzt alles nicht Thema von dem Antrag. Es tut mir leid, dass du hier parteipolitischen Hintergrund gesehen hast oder zu sehen glaubtest, ich habe da eher das Bedürfnis erkannt, was zu tun und deswegen habe ich diesen Antrag gestellt, dass wir eine Lösung finden, also ich wollte hier jetzt nicht Probleme hin- und herschieben oder Zuständigkeiten klären, sondern eine Lösung finden, und der Antrag ist deswegen vergleichsweise offen formuliert, dieser Antrag, um eben mehr Möglichkeiten für verschiedene Lösungen schaffen zu können. Es war ja Sommerpause und ich will jetzt nicht zu sehr ...

Zwischenruf StR Hohensinner: Ich habe nicht Pause.

GR Alic:

... politisch, meine ich, ich habe jetzt erst den Antrag gestellt, weil das ist jetzt erst die erste Sitzung, wann hätte ich denn den Antrag einbringen sollen?

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Nein, bei mir im Büro.*

*Zwischenruf StRⁱⁿ **Kahr**: Du musst mit dem Herrn Stadtrat Hohensinner persönlich sprechen.*

GR Alic:

Ok, gut. Das nehme ich so zur Kenntnis, und ja, wie soll ich sagen, ich bin da kein direkter Insider, weil meine Kinder sind alt genug, meine Erziehungsversuche werden mittlerweile nur mehr als Belästigung empfunden (*Gelächter im Saal*), aber deswegen habe ich den Bedarf gar nicht, das ist jetzt nicht aus Eigenem passiert, sondern das habe ich gehört und ich bin durchaus in Kontakt auch mit KollegInnen in unseren Bereuungseinrichtungen und so ist das entstanden. Ich werde mich an dich wenden, bedanke mich und es tut mir leid, dass der Antrag keine Zustimmung findet oder keine Mehrheit. Dankesehr (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

9.3 Dokumentationsstelle für den religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam) für Graz (GR Mag. Armin Sippel, FPÖ, GR Peter Stöckler, ÖVP)

GR Mag. Sippel:

Hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren via Livestream. Vorher haben wir die Situation mit dem politischen Islam in Graz analysiert, jetzt kommt die

Lösung, zumindest ein Betrag zur Besserung der Situation. Das ist eine Petition an die Bundesregierung und ich möchte die Hoffnung daran knüpfen, dass das auch von dieser Stelle aus gehört wird und diese Petition letztlich auch erfolgreich ist. Graz ist ein Hotspot des radikalen Islams, wir haben das auch vorher erörtert, Ednan Aslan hat es in seiner Studie bestätigt, der Verfassungsschutz bestätigt das jährlich in seinen Berichten, der Integrationsfonds hat in seinem Lagebericht über die Stadt Graz Ähnliches zu Tage gebracht und der Übergriff auf die Grazer Synagoge und Elie Rosen waren ein trauriger Höhepunkt in dieser Entwicklung und, ja, wir reden heute, weil das vorher auch schon ein bisschen nach meinem Redebeitrag mir vorgeworfen wurde, wir reden heute über einen Anlassfall und der Anlassfall dieser Attacke war ein syrischer Migrant und deshalb war es auch notwendig, hier in dieser Tiefe darauf einzugehen. Die türkis-grüne Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm eine Dokumentationsstelle gegen den politischen Islam festgeschrieben und, zur Überraschung aller, relativ schnell auch auf den Weg gebracht, eine herzliche Gratulation auch dazu. Integrationsministerin Raab hat im Juli diese Dokumentationsstelle gegen den politischen Islam präsentiert, ausgestattet mit einem ordentlichen Budget, mit sieben Experten, die hier auch beobachten werden und ich traue den Wienern sehr viel zu, ich schätze die Wiener auch, aber ich traue ihnen nicht zu, dass sie von dieser Entfernung aus die Verhältnisse, die wir in Graz haben, genau und effektiv auch beurteilen können, deshalb zielt dieser gemeinsame dringliche Antrag mit der ÖVP, Mit Antragsteller Peter Stöckler, darauf ab, dass wir eine Zweigstelle, eine Außenstelle dieser Dokumentationsstelle auch nach Graz bekommen, wo wir als Stadt Graz, aber wo auch das Land Steiermark mitentscheiden können, welche Experten, die sich in dieser Stadt mit diesen Verhältnissen auch wirklich auskennen, in diesen Gremien auch in weitere Folge sitzen. Es ist nicht mehr und es ist nicht weniger, aber ich glaube, eine wichtige Maßnahme, ein wichtiger Puzzlestein im Kampf gegen den politischen Islam, der sich in unserer Stadt immer mehr ausbreitet. Ich bitte um Zustimmung, der Antragstext liegt Ihnen vor. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm die Einführung einer Dokumentationsstelle gegen den politischen Islam festgeschrieben. Mit der in Wien im Juli eröffneten Einrichtung zur Bekämpfung des politischen Islam wird ein wichtiges gesellschaftspolitisches Zeichen gesetzt. Mehrere Studien, wie auch jene von Ednan Aslan zur Wertorientierung von geflüchteten Menschen, haben einen klaren Handlungsbedarf hervorgebracht. Neben den vielen Integrationsmaßnahmen, die seitens der Stadt umgesetzt werden, macht auch die Polizei darauf aufmerksam, dem politischen Islam, der auch vor unserem Stadtgebiet nicht haltmacht, entschieden entgegenzutreten.

Nicht zuletzt die islamistisch-antisemitisch motivierten Angriffe auf die Grazer Synagoge und den Präsidenten der jüdischen Gemeinde, Elie Rosen, veranschaulichen die Notwendigkeit einer solchen Institution auch in Graz. Die Stadt Graz darf religiös motivierten Extremismus nicht dulden. Um Radikalismen erfolgreich begegnen zu können, braucht es eine Stärkung der Kompetenz vor Ort.

Namens der Klubs von FPÖ und ÖVP ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt ausdrücklich die von der Bundesregierung eingerichtete Dokumentationsstelle gegen den politischen Islam. Der Bundesgesetzgeber wird daher am Petitionswege ersucht, eine Zweigstelle dieser Dokumentationsstelle laut Motivenbericht unter Einbeziehung von Grazer Experten auch in der Landeshauptstadt Graz zu etablieren.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.55 Uhr).

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream, und lieber Antragsteller. Wir haben die Debatte eh vorher ein Stück weit vorweggenommen, aber ich möchte jetzt doch mit etwas für dich vielleicht Unerwartetem beginnen. Du hast Recht, zumindest teilweise, natürlich ist in Österreich und auch in Graz der politische Islam und auch der religiös motivierte Extremismus ein absolut ernstzunehmendes Problem, und ja, wir müssen möglichst parteiübergreifend und seriös uns dieses Problems annehmen. Nur genau diese Seriosität sehe ich im vorliegenden Antrag nicht und ich werde jetzt begründen, warum. Seriös wäre, meiner Meinung nach, mit dem Ping-Pong-Spiel, das wir seit Jahren hier im Gemeinderat spielen, aufzuhören und das Ping-Pong-Spiel geht so: Manche sagen, Extremismus und Antisemitismus sind ausschließlich importierte Probleme und manchen wollen die Probleme, die es in manchen muslimischen Communitys gibt, einfach nicht sehen und ich finde diese Dualität steht uns total im Weg, uns ernsthaft mit diesem Problem auseinanderzusetzen und ich finde, es gibt da einfach keine Bereitschaft, die eigene Sichtweise einfach einmal zu hinterfragen und über den Tellerrand zu schauen und leider habe ich eben auch den Eindruck, das Thema wird oft instrumentalisiert, um politisches Kleingeld daraus zu schlagen und das finde ich nicht seriös. Seriös wäre außerdem, wenn man so einen Antrag einbringt, dass man zumindest mal den aktuellen Stand auf Bundesebene, was eben diese Dokumentationsstelle betrifft, herausfindet und das ist scheinbar nicht passiert, ihr habt auf Bundesebene nicht nachgefragt. Im Grunde ist noch wahnsinnig viel unklar, was dieser Dokumentationsstelle betrifft, es gibt ein Budget, es wurde die Stelle des Vorsitzenden ausgeschrieben, die Stelle der Leitung, aber es sind weder Aufgaben noch Zielsetzung dieser Stelle bis jetzt definiert und über eine Zweigstelle, eine Dokumentationsstelle zu diskutieren oder

die zu fordern, die es eigentlich noch gar nicht gibt und wo nicht einmal klar ist, wie die Stelle genau arbeiten wird, wie die regionale Einbindung angedacht ist, finde ich rein symbolisch und unseriös. Seriös wäre außerdem, wenn man neben dieser Dokumentationsstelle zum politischen Islam auch die Stelle zu Rassismus und Antisemitismus, die auch im Regierungsprogramm erwähnt ist, genau in dem Sinne dessen was wir vorher gesagt haben: Antisemitismus und Rassismus, Angriffe auf Menschenrechte und Demokratie müssen konsequent bekämpft werden, die dürfen nicht toleriert werden, ganz gleich, von wem sie kommen. Deswegen möchte ich meine Rede mit einer Bitte abschließen, das Thema ist zu bedeutsam, als dass wir uns immer nur in Grabenkämpfen und einem Hickhack verwickeln könnten, das Thema braucht einen seriösen Zugang, eine ehrliche Debatte und vielfältige Zugänge, und das sehe ich einfach in dem vorliegenden Antrag nicht, wir finden das Thema aber wichtig und deswegen stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt ausdrücklich die von der Bundesregierung geplanten Dokumentationsstellen zum politischen Islam und zu Antisemitismus und Rassismus. Die Bundesregierung wird am Petitionswege ersucht, bei der Konzeption der Arbeit der beiden Dokumentationsstellen regionale Schwerpunkte zu setzen und Grazer Experten und Expertinnen zu diesen Themenbereichen einzubeziehen, und ich hoffe auf Annahme.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Antisemitismus und Rassismus, Angriffe auf Menschenrechte und Demokratie sind konsequent zu bekämpfen, ganz gleichgültig, von wem diese Angriffe ausgehen und gesetzt werden. Daher ist es auch nur folgerichtig, dass die Bundesregierung in ihrem Regierungsprogramm sowohl eine Dokumentationsstelle politischer Islam als

auch eine Dokumentationsstelle zu Antisemitismus und Rassismus angekündigt hat. Beide Projekte sind jedoch noch nicht im Umsetzungsstadium, von der Dokumentationsstelle politischer Islam ist bislang lediglich die Besetzung der Leitungsstelle und die Budgethöhe (500.000 €) bekannt. Unklar sind aber noch die geplanten Strukturen und die vorgesehene Arbeitsweise. Angesichts der noch sehr vagen Umsetzungspläne erscheint es uns wesentlich vernünftiger und zielführender, die Bundesregierung um eine gute Anbindung der in Graz vorhandenen Expertise zu diesen Themenbereichen zu ersuchen.

In diesem Sinne stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt ausdrücklich die von der Bundesregierung geplanten Dokumentationsstellen zum politischen Islam und zu Antisemitismus und Rassismus. Die Bundesregierung wird am Petitionswege ersucht, bei der Konzeption der Arbeit der beiden Dokumentationsstellen regionale Schwerpunkte zu setzen und Grazer Experten und Expertinnen zu diesen Themenbereichen und deren Know-how einzubeziehen.

GR Ehmann:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, lieber Antragsteller. Ja, ein Thema, das absolut für uns auch dringlich ist, und auch nicht zu unterschätzen ist, da gebe ich dem Armin grundsätzlich Recht, sich damit auseinanderzusetzen. Ich glaube, dass das aber ein Stück weit zu wenig greift. Warum? Also der politische Extremismus, und da bin ich der Meinung, oder wir als Sozialdemokratie, ob religiös oder weltanschaulich bedingt, dass dieser in jeglicher Form und Hinsicht zur Vergiftung letztendlich des politischen und

gesellschaftlichen Klimas führt, und er führt weiterhin auch zur Verhetzung, Ausgrenzung und zu gewaltsamen Übergriffen letztendlich, wie man leider auch in Graz jetzt auch sehen mussten. Der politische Islam mag dabei ein wichtiger, gewichtiger, aber beileibe nicht der einzige besorgniserregende Faktor in diesem Zusammenhang sein, und wenn wir dem politischen Extremismus wirklich umfassend entgegentreten, wird es doch erforderlich sein, ihm in jeglicher Fassade die notwendige Beachtung zu schenken und das sehe ich hier, bei diesem dringlichen Antrag, aber auch bei der Gründung dieser Dokumentationsstelle auf Bundesebene, nicht, denn das halte ich für eine der diffizilsten Geschichten. Auf der Bundesebene nämlich von Türkis-grün angeleiert, wobei die Wiener Grünen offensichtlich zumindest versucht haben zu motzen, dass die Zielrichtung hier zu eingefasst sei, hat interessanterweise bei der FPÖ, ganz zumindest auf Bundesebene, keinen Anklang gefunden, denn der Klubobmann und dein Kollege Herbert Kickl hat dieses Vorhaben ziemlich zerrissen auf Bundesebene und hat von, also ich habe eine OTS-Aussendung gefunden vom Juli, wo er vom politischen Islam im Zusammenhang mit der Dokumentationsstelle von lahmen Papiertigern spricht, dass er das absurd findet, dass die ÖVP hier jetzt als Vorkämpfer in diesem Bereich tätig sein will und vieles mehr. Die Aussendung ist auch nachzulesen, aber jedenfalls offensichtlich ziemlich zerrissen, ihr in Graz empfindet das halt offensichtlich als den richtigen Weg, in Wien nicht, aber ich denke, wenn man das ganz herausnimmt, und die Kollegin Wutte hat es vorhin angesprochen, und das ganze politische Hickhack wie in vielen anderen Fällen hinten anstellen würde, dann, glaube ich, wäre es wichtig, dass wir hier eine Dokumentationsstelle für jeglichen politischen Extremismus einrichten, wenn man das schon tut. Und daher haben wir einen Abänderungsantrag dazu vorbereitet.

In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Abänderungsantrag:

Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege ersucht, in Anlehnung an die auf Bundesebene geplante Dokumentationsstelle gegen den politischen Islam in Graz eine ähnliche Stelle einzurichten, die sich unter Einbeziehung Grazer ExpertInnen allerdings mit jeglicher Form des politischen Extremismus befasst, um auf diese Weise insgesamt zu einer Entgiftung des politischen Klimas beizutragen.

Und ich glaube, das wäre wirklich ein vernünftiger Ansatz. Warum? Ihr erinnert euch, wir haben bei der Antisemitismuserklärung in Graz, wo wir hier eine große Mehrheit gehabt haben und gefunden haben, auch in der Diskussion dazu und auch im Stellenwert dazu auch angesprochen, erinnert euch zurück. wir haben gesagt, wir müssen uns aber trotz allem um jegliche Form des Extremismus kümmern. Damals hat es auch viel Zustimmung in den Wortmeldungen gegeben dazu, aber bis heute ist da nicht wirklich etwas passiert und daher mein Appell, noch einmal hier den Abänderungsantrag zu nutzen, um das tatsächlich breiter aufzustellen, als es hier gedacht ist. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Politischer Extremismus trägt – egal, ob religiös oder auch weltanschaulich bedingt – in jeglicher Hinsicht zur Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas bei, führt zu Verhetzung, zu Ausgrenzung, zu gewaltsamen Übergriffen. Der politische Islam mag ein gewichtiger, aber beileibe nicht der einzige besorgniserregende Faktor in diesem Zusammenhang sein. Will man dem politischen Extremismus wirklich umfassend entgegenreten, wird es daher erforderlich sein, ihm in jeglicher Facette die notwendige Beachtung zu widmen.

In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Abänderungsantrag:

Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege ersucht, in Anlehnung an die auf Bundesebene geplante Dokumentationsstelle gegen den politischen Islam in Graz eine ähnliche Stelle einzurichten, die sich unter Einbeziehung Grazer ExpertInnen allerdings mit jeglicher Form des politischen Extremismus befasst, um auf diese Weise insgesamt zu einer Entgiftung des politischen Klimas beizutragen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Der vorliegende Antrag konzentriert sich auf die Einrichtung einer Dokumentationsstelle für den religiös motivierten Extremismus (politischer Islam). Es ist eine Konzentration und diese Bezeichnung dieser geplanten Dokumentationsstelle ist zu wenig differenziert, weil der Sachverhalt ist, abgesehen von der Eingrenzung, wenn man das politischer Islam nennt, Fundamentalismus, Islamismus. Es gibt verschiedenste Bezeichnungen, aber eines wird deutlich, entweder aus Unwissenheit oder mit gezielter Absicht besteht eben deshalb eine Gefahr, dass diese Einrichtung als Akt der Diskriminierung einer einzelnen Religion missverstanden werden kann. Das halten wir für problematisch und als KPÖ wollen wir deshalb natürlich hervorstreichen, dass deshalb darauf zu achten ist, dass nicht generell Menschen muslimischem Glaubens diskreditiert werden, also wir haben zwei Einschränkungen auf das Religiöse bezogen irgendwie auch, dass man falsch daraus herauslesen kann, dass sie sich nur auf die muslimische Religionsgemeinschaft bezieht, und da würde ich gerne auch noch hervorstreichen, dass das eine Besonderheit in Österreich ist, weil die muslimische Religionsgemeinschaft ist seit 1912 in Österreich anerkannt und die Abänderungsanträge der SPÖ und der Grünen erweitern diesen Bereich, also wir werden als KPÖ auf alle Fälle dem Abänderungsantrag sowohl der SPÖ als auch der Grünen die Zustimmung gegeben. Danke (Appl.).

StR Hohensinner:

Ich möchte bei einem beginnen, was die Ulli auch angeführt hat, eine Verallgemeinerung die darf nicht passieren, der überwiegend große Anteil von muslimischen Menschen in Graz bringt sich sehr aktiv in die Gesellschaft ein, geht zur Schule, studiert, bringt sich beruflich ein oder engagiert sich bei Vereinen, es gibt aber auch einen Anteil, der mit dem politischen Islam sympathisiert. Das ist jetzt kein Spezifikum von Graz, das gibt es in Wien, das gibt es in Linz und in anderen Städten und mir als Integrationsstadtrat war es von Anbeginn ganz ganz wichtig, ja nicht wegzuschauen, sondern hinzuschauen. Ich habe gemeinsam mit dem ÖIF diesbezüglich zwei Studien beauftragt. Die eine Studie haben wir am Dienstag noch einmal diskutiert, das war jene Studie, wo wir 500 Flüchtlinge von 2015 befragt haben, die zweite Studie haben wir auch kürzlich erst präsentiert, das ist die Studie, wo wir gemeinsam mit dem ÖIF die Predigten der Moscheen genau analysiert haben. Beide Studien haben einen ganz klaren Handlungsbedarf hervorgebracht, deshalb begrüße ich die bundesweite Dokumentationsstelle für den politischen Islam und begrüße auch den Antrag von Armin Sippel und Peter Stöckler, weil es ist, glaube ich, immer zielführend, wenn man Persönlichkeiten vor Ort hat, die Moscheen und gewisse Orte besuchen und hier wirklich herausfinden, was wirklich stimmt und was nicht stimmt. Dies sollte auch im Sinne der Muslime, die in Graz wohnen, sein, weil wir durch dieses Vorgehen Menschen mit muslimischem Glauben von Menschen, die den politischen Islam forcieren, klar trennen können. Das hat auch Hubert Patterer in einer Kolumne, wir die Stelle in Wien vorgestellt wurde, in einer Kolumne eben beschrieben, dass dies eigentlich zur Abgrenzung zu begrüßen wäre und weil der Michi Ehmann und andere jetzt auch gesagt haben, es gibt andere Richtungen, rechts/links und so weiter und so fort, ja, wir haben eben ein Problem auch mit dem rechten Bereich. Hier gibt es eine Dokumentationsstelle, die ist zwar nicht staatlich, aber es gibt die Dokumentationsstelle, wir nehmen die Anregung auch auf, dass wir vielleicht eine Dokumentationsstelle gegen Linkextremismus einmal andeuten, das wäre ein Vorschlag, dass man da vielleicht einmal auf Klubobleutekonferenz-Ebene uns in

den nächsten Wochen zusammensetzen. Wogegen ich allerdings bin, ist, dass wir alle extremen Richtungen von einer Stelle genau beobachten lassen, weil wenn man das jetzt verwässert, dann kann keine Expertise aufgebaut werden, von dem her stimmen wir natürlich unserem Antrag zu, aber den Abänderungs- und Zusatzanträgen stimmen wir nicht zu (*Appl.*).

GR Mag. Sippel:

Ich möchte mich recht herzlich bedanken für die Zustimmung, die sich auch abzeichnet. Ich glaube, einen Fehler sollten wir nicht machen: dass wir das Thema verwässern, dass wir es gar zu Tode reden. Ich glaube, dass es ein Problem mit dem politischen Islam bei uns gibt, ist differenziert genug und ich nehme das auf, was da präsentiert worden ist seitens der Integrationsministerin. Ich hoffe, dass es nicht nur Inszenierung war, hört man ja, dass das in Wien ganz gern auch gelebt wird, sondern dass das jetzt auch bald tatsächlich dann zum Laufen kommt, und deshalb ja genau auch meine Initiative, dass wir in Graz selbst auch mitgestalten können. Das soll eine Bundesstelle sein, auch vom Bund selbstverständlich finanziert werden, wir aber als Stadt mitgestalten können, wen wir dort hineinsetzen und ich glaube, wenn wir das machen und wenn der Herr Integrationsstadtrat das macht und die Zuständigen im Land das machen, dann ist garantiert, auch wir werden natürlich als Koalitionspartner entsprechend beraten, dann ist garantiert, dass dort echte Experten drinnen sitzen, die eben nicht als zahnlöse Tiger zu bezeichnen sind. Das heißt, da geben wir dieser Möglichkeit eine Chance, hier wirklich diese Verhältnisse, die wir in Graz haben, besser dokumentieren zu können, das ist ja eher auf der wissenschaftlichen Ebene angesiedelt. Alles, was tatsächlich den Kampf gegen Extremismus betrifft, da gibt es ja ohnehin den Verfassungsschutz, das Amt für Terrorismusbekämpfung und Verfassungsschutz, die sind in alle Richtungen natürlich am Schauen, dass eben verfassungsfeindliche Tätigkeiten unterbunden werden, und dies ist eine zusätzliche wissenschaftliche Stelle, die das dokumentieren soll bis hin, dass man

überlegen kann, ja, auch staatliche Aufpasser in die Moscheen hinein, die wirklich vor Ort auch betrachten, was wird hier gepredigt, wie schaut das aus? Ich glaube das wäre genau dieser Zweck der Dokumentation und ich glaube dem sollten wir eine Chance geben und die Bundesregierung auffordern so etwas auch nach Graz zu bringen. Herzlichen Dank (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ, Neos) abgelehnt.

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ, Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ, Neos) angenommen.

9.4 Auftreten gegen Diskriminierung mit mehr Sichtbarkeit von Diversität (GR Mag. Gerald Kuhn, Grüne)

GR Mag. **Kuhn**:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen. Ich beschäftige mich mit meinem dringlichen Antrag auch mit einem Thema, und zwar Diskriminierung gegenüber Homosexuellen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen. Es gab auch in Graz einen Vorfall, der ist ein bisschen durch die schlimmen antisemitischen Vorfälle ein bisschen in den Hintergrund gerückt. Sie wissen ja, dass die Fensterscheiben der RosaLila PantherInnen eingeschlagen wurden, zerstört wurden. Es gab aber auch einen Vorfall in Wien, wo eine Regenbogenfahne bei einer Veranstaltung der sogenannten QuerdenkerInnen zerrissen wurde. Wenn bedeutende Symbole zerstört werden bzw. zerrissen werden, angezündet werden,

ist das immer bedenklich, wir wissen das aus der Geschichte, dass wir da immer besonders aufpassen müssen, wenn es eben zu solchen Aktionen kommt. Wichtig ist da auch, dass man Maßnahmen setzt und zwar durch mehr Sichtbarkeit, durch mehr Diskurs im öffentlichen Raum, durch mehr Sichtbarkeit der Themen der Menschen, aber auch im Bildungsbereich ist es wichtig, dass Kommunen, der Staat hier ganz klar auftritt und eben Zeichen setzt. Ich bin der Meinung, dass nicht nur Jugendliche, junge Kinder, natürlich da kann man ansetzen, das ist ganz wichtig, sondern auch bei Erwachsenen, man sieht das auch in der Erwachsenenbildung, das es sehr wohl etwas hilft, wenn man dagegen auftritt. Ich arbeite in einem Projekt, wo derzeit ausschließlich Jugendliche, junge Erwachsene mit Migrationshintergrund in den Kursen sind, ich habe aber vorher auch in Kursen gearbeitet, wo arbeitslose junge Erwachsene ohne Migrationshintergrund diese Kurse besucht haben und ich habe da ein bisschen einen persönlichen, sehr guten Vergleich, wie Jugendliche, die da agieren, wirken. Im Gegensatz zu meinem KollegInnen habe ich die Themen Gender, Homosexualität, aber auch Antisemitismus regelmäßig thematisiert und in den Unterricht eingebaut. Es gibt viele KollegInnen, die sich dann doch auch bei Leuten ohne Migrationshintergrund sich ein bisschen scheuen, weil sei dann sagen, die Grammatik oder die Mathematik ist ausschließlich im Vordergrund. Für unser Zusammenleben ist es aber wichtig, wenn wir in den Deutschunterricht, und zwar über Diskussionen, Themen wie Gender, Queer oder auch Antisemitismus einbauen, von enormer Bedeutung. Und jetzt gehe ich schon wieder zu einem spannenden Bogen zurück, was wir tun können, was der Staat tun kann, was die Kommune tun kann, ist eben mit Kinderliteratur, mit Jugendliteratur, die angekauft wird für die Bildungseinrichtungen, aber auch für Jugendzentren, was ganz wichtig ist und natürlich auch, das wird ein bisschen außer Acht gelassen, dass diese Schulungsmaßnahmen vom AMS, dass man auch hier eben mit Workshops aktiv die Bildungseinrichtungen unterstützt und dass wir zeigen, das ist gewollt. Das heißt, dass es nicht dann auf die einzelnen Lehrenden darauf ankommt, ob sie das thematisieren, sondern dass sie eine starke Rückendeckung von der Kommune

Graz oder eben auch von dem gesamten Staat Österreich hier haben. Man sieht das auch, es gibt immer wieder von der Europäischen Kommission aus Studien, Meinungsumfragen, ich habe das schon einmal auch im Juni zitiert, dass es hier innerhalb der europäischen Staaten große Unterschiede gibt, auch einzelne Länder unterschiedliche Anstrengungen unternehmen, dass man diese Diskriminierung thematisiert und dass man eben diese Lebensweisen sichtbar macht. Ich habe letztes Mal schon gesagt, in Schweden und in den Niederlanden sind beim Thema Homosexualität über 90 %, also 95 % bzw. 92 %, die sagen: das ist Ok, und diese beiden Länder haben auch, nur nebenbei erwähnt, das wissen Sie selber auch, auch natürlich viel Migrationshintergrund, dort gibt es natürlich auch einen hohen Anteil von Migranten und Migrantinnen und trotzdem ist der Anteil hoch jener, die lesbische, schwule, bi und transgener Lebensweise auch akzeptieren. Wichtig ist, wie gesagt, dieses Sichtbarmachen. Ich habe eh schon auch gesagt, wichtig ist es, mit Regenbogenfahnen etc. da auch entgegenzusteuern und deshalb stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat begrüßt die Idee der Beflaggung aller Straßenbahnen und Busse in Graz mit Regenbogenfahnen für 14 Tage und ersucht die zuständigen Stadtregierungsmitglieder, dementsprechende Umsetzungsschritte zu setzen.
2. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, ob allen Bibliotheken von Kindergärten, Volks- und Mittelschulen sowie Jugendzentren queere und gendergerechte Kinder- und Jugendliteratur zur Verfügung gestellt werden kann.
3. Bürgermeister Nagl wird ersucht, eben aus dem Queerbereich zu einem Runden Tisch einzuladen.

4. Bürgermeister Siegfried Nagl wird ersucht, bei Treffen mit VertreterInnen von StädtepartnerInnenschaften, strikt auf die Unteilbarkeit der Menschenrechte hinzuweisen (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Unsere Gesellschaft ist vielfältig und das ist gut so. Vieles hat sich auf rechtlicher und gesellschaftspolitischer Ebene in den vergangenen Jahren auch verändert und verbessert. Trotzdem ist die Diskriminierung – verdeckt oder offen - von lesbischwul-transgender-intersexuellen Lebensweisen nach wie vor Realität und Alltag. Es gibt leider immer wieder offene Anfeindungen.

Was wohl in der Empörung und Sorge über die antisemitischen Übergriffe in unserer Stadt etwas unterging, ist die Tatsache, dass sich die Gewalt des Täters auch gegen die Vereinsräumlichkeiten der Rosalila PantherInnen und damit gegen LesBiSchwule-, Transgender- und Intersexuelle-Personen richtete. Auch in Wien gab es eine von Hass getragene Aktion, als bei einer Kundgebung von sog. „QuerdenkerInnen“ auf der Bühne und unter Beifall des Publikums eine Regenbogenfahne, die weltweit als Symbol der LesBiSchwul-Trans-Inter Community gilt, zerrissen wurde.*

Um solchen Übergriffen, der Hetze und der Diskriminierung entgegenzutreten, sind eine klare Haltung, breit geführte Diskurse, Informations- und Bewusstseinsangebote sowie eine queere Sichtbarkeit im Alltag erforderlich.

Wir wissen aus zahlreichen Untersuchungen, dass es mit der Akzeptanz von gleichgeschlechtlich Liebenden nicht allzu weit her ist und dass es nach wie vor großen Handlungsbedarf gibt. So zeigt der Eurobarometer, eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene regelmäßig durchgeführte

Meinungsumfrage, die unterschiedlichen Akzeptanzniveaus in den EU-Mitgliedsstaaten auf. Antworteten auf einer 2019 geführten Umfrage 95% der SchwedInnen, 92% in den Niederlanden, sowie 90% in Dänemark, dass sie kein Problem mit homosexuellen Paaren haben, stimmten in Österreich nur 65% dieser Frage zu. Hier ist also noch viel Luft nach oben.

Die Menschenrechtsstadt Graz kann zu einem positiven Diskurs einiges beisteuern: Sie könnte beispielsweise Straßenbahnen und Busse, wie mittlerweile seit 2001 in Wien, mit Regenbogenfahnen ausstatten und damit zur Sichtbarkeit und Akzeptanz beitragen. Aber auch im Bildungs- und Präventionsbereich und in der Jugendarbeit wäre noch viel zu tun. In Schulen, Kindergärten oder Jugendzentren kann durch queere und gendergerechte Kinder- und Jugendliteratur oder durch Workshops, wie sie die Rosalila PantherInnen in den letzten Jahren immer wieder angeboten haben, verstärkt Akzeptanz in den Bereichen Queer und Gender gefördert werden und so ein besseres und selbstverständlicheres Miteinander entstehen. Für die unterschiedlichen Alterszielgruppen benötigen wir adäquate Bildungskonzepte, um Zugänge, Sensibilisierung und Bewusstsein zu schaffen.

In diesem Sinne stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat begrüßt die Idee der Beflaggung aller Straßenbahnen und Busse in Graz mit Regenbogenfahnen für 14 Tage im Juni (Mitte bis Ende Juni – zur CSD-Parade in Graz) und ersucht die zuständigen Stadtregierungsmitglieder, entsprechende Umsetzungsschritte zu setzen.*
- 2. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, ob allen Bibliotheken von Kindergärten, Volks- und Mittelschulen, sowie Jugendzentren queere und gendergerechte Kinder- und Jugendliteratur zur Verfügung gestellt werden*

kann. Weiters wird um eine Prüfung ersucht, wie Bildungseinrichtungen im Wirkungsbereich der Stadt Graz mit Antidiskriminierungsworkshops unterstützt werden können.

- 3. Bürgermeister Nagl wird ersucht, VertreterInnen aus dem Queerbereich zu einem Runden Tisch einzuladen und gemeinsam mit der Antidiskriminierungsstelle sowie den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen über die aktuelle Situation in Graz hinsichtlich Diskriminierung von LesBiSchwul-Trans-Intersexuellen Personen und über notwendige Präventionsmaßnahmen insbesondere im Bereich Information und Bewusstseinsbildung zu beraten.*
- 4. Bürgermeister Siegfried Nagl wird ersucht, bei Treffen mit VertreterInnen von Städtepartnerschaften, die menschenrechtlich bedenkliche Verordnungen erlassen haben bzw. wo Homo-Bi-Trans-Intersexuelle Personen offen diskriminiert werden, strikt auf die Unteilbarkeit der Menschenrechte hinzuweisen.*

GRⁱⁿ Kumpitsch:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher im Livestream, werter Antragsteller. Ich bin ein bisschen verwirrt über den Antrag, weil wenn man mit offenen Augen durch die wunderschöne Stadt, in der wir leben, geht, muss man ja sehen, dass auf diesem Gebiet weit mehr passiert, als in dem Antrag steht. Und ich spreche da jetzt gar nicht von Dingen, die wir alle kennen, also einem Christopher Street Day, der Parade und dem Parkfest oder dem Tuntenball, sondern Dinge, die vielleicht nicht so bekannt sind. Wir haben in den Stadtbibliotheken, die sind sehr wohl ausgestattet mit gender- und queertauglicher Literatur für Kinder und Jugendliche. Wir haben vergangenes Jahr zum Christopher Street Day nicht einfach nur

symbolmäßig irgendwelche Parkbänke in Regenbogenfarben angestrichen, sondern haben in Kooperation mit der Antidiskriminierungsstelle die Bridge of Unity ins Leben gerufen, was ein sehr sehr tolles Projekt war und das sehr sehr gut angekommen ist und im Weiteren ist es so, dass wir in regelmäßigem und sehr gutem Austausch auch mit den RosaLila PantherInnen stehen. Zu dem Vorfall mit der eingeschlagenen Scheibe bei den RosaLila PantherInnen ist zu sagen, dass am nächsten oder übernächsten Tag sofort das Stadtratsbüro Hohensinner Kontakt mit dem Joe Niedermayer aufgenommen hat und es sofort einen Termin gegeben hat und da wurde darüber gesprochen. Auch diese geforderten regelmäßigen Treffen finden statt, diese Round Tables werden gemacht. Was ich auch noch hervorheben möchte, ist, dass vergangenes Jahr zum Regenbogenkongress, der unter einer schwarz-blauen Rathausregierung erstmalig und einmalig der überhaupt in einem Rathaus stattfinden durfte, es gibt sehr viele Subventionen für die Vereine oder für Dinge und Workshops, die vielleicht nicht jedem bekannt sind und auch in den Schulen ist der Liebe-Ist-Workshop, der von uns unterstützt wird. Es wird die Coming-Out-Broschüre in diversen Sprachen aufgelegt, damit auch Menschen, die nicht Deutsch als Muttersprache haben und andere Kulturen hier kein Problem haben durch sprachliche Barrieren und aus diesem Grund werden wir die Dringlichkeit nicht unterstützen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Schönbacher:

Die Forderung, sein zu dürfen, wer und wie wir sind, unterstützen wir natürlich aus ganzem Herzen. Aber, wie gesagt, es wird in der Stadt Graz zum einen schon sehr viel getan und wenn ich mich jetzt an die CSD-Parade erinnere, natürlich regt sie zum Nachdenken an, das ist auch gut so, und zur Diskussion. Ich merke in meinem Umfeld, aber auch im Gespräch mit Bürgern, dass ich überwiegend Zustimmung mit der Meinung finde, dass einfach eine sexuelle Neigung Privatsache ist und das auch bleiben soll. Natürlich setzen wir uns ein gegen Diskriminierung, wir haben da sehr viele Maßnahmen diesbezüglich und jeder Mensch soll natürlich die

Möglichkeit haben, sein Privatleben so gestalten zu können, wie er selbst das auch möchte. Bei der Gelegenheit möchte ich auf die Grüne Flüchtlingspolitik aufmerksam machen, nämlich was sie bewirkt, was wir hier importieren, nicht nur Israelfeindlichkeit, sondern auch Homophobie und leider hat die Studie, es gibt ja viele Studien, eine davon haben wir diese Woche präsentiert bekommen vom Prof. Aslan, und zwar ist die über religiöse und ethnische Orientierung von Flüchtlingen in Österreich. Wir leben in einer sehr offenen und freien Gesellschaft, das hat mir die Antidiskriminierungsstelle bestätigt, aber ich sehe das ein bisschen in Gefahr, weil die Studie besagt, dass Flüchtlinge vermehrt Wert darauf legen, ihre Werte zu bewahren und sich nicht für eine offene Gesellschaft aussprechen, also, wenn einen das nicht zum Nachdenken anregt, was dann? 76 % der Gefragten kritisieren den, ihrer Meinung nach, Sitten- und Werteverfall in westlichen Ländern und 50 % sagen, Homosexualität ist zu bestrafen. Also ich finde schon, ihr solltet hier ein bisschen darüber nachdenken, weil eure Politik, wie gesagt, könnte auch Auswirkungen haben und wird es auch, und das wäre natürlich nicht gut, weil wir strengen uns so an gegen Diskriminierung und das wäre dann ein Schritt zurück. Bei der Gelegenheit möchte ich gerne den Bürgermeister Stellvertreter zitieren und sein Zitat etwas abändern, er hat die Dinge beim Namen genannt und ich ändere das ab, nämlich: „Nicht mehr Österreicher werden homophob, sondern immer mehr Homophobe werden Österreicher“ (*Appl.*).

Wir halten Ihre Forderungen für etwas überzogen, weil mit eingeschlagenen Fenstern und Verschmierungen und Verschandlungen haben wir auch unsere Erfahrungen, aber deshalb fordern wir auch nicht, dass die betroffene Stadt gleich blau beflaggt wird. Das ist natürlich schrecklich, das sollte nicht sein, aber Ihre Forderungen, wie gesagt, sind überzogen und deshalb lehnen wir die Dringlichkeit ab (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Robosch:**

Geschätzte Damen und Herren, ich habe noch nie gehört, dass eine Regenbogenfahne irgendwo aufzuhängen, eine überzogene links-grüne Forderung ist, die wir auch so schlimm finden. Aber ok, hätten wir das auch geklärt, hätten wir auch geklärt, dass es hier im Endeffekt um Menschenrechte geht; es ist ein Menschenrecht, vor Diskriminierung geschützt zu werden, es ist ein Menschenrecht, nicht benachteiligt zu werden für die sexuelle Orientierung, für die Herkunft, für die Ethnie, für das Geschlecht. In einer Menschenrechtsstadt zu leben und dann mitzubekommen, wie wir jetzt schon im Sommer, also vor dem Sommer, mitbekommen haben, dass genau diese Menschenrechtsstadt es nicht schafft, eine Regenbogenfahne aufzuhängen und es auch übrigens nicht geschafft hat den Uhrturm in Regenbogenfarben zu beleuchten, ich beschämend, und es ist deswegen beschämend, weil es da nicht nur um ein Symbol an sich geht, sondern es geht darum, Menschen eine Heimat zu geben und Menschen zu sagen, ihr seid gut, so wie ihr seid und auch wenn eure sexuelle Orientierung Privatsache ist, und es gibt sehr viele Menschen, die sagen: „Das ist meine Privatsache und das soll auch bleiben, das thematisiere ich nur in meinem engsten Familienkreis“, sehen sie sich trotzdem durch dieses Symbol, der Regenbogenfahne, sich in Graz zuhause und fühlen sich in Graz deswegen willkommen, und da geht es um viel, viel, viel mehr als nur um eine Fahne und quasi die Farben dieser Fahne, da geht es darum, für die Menschenrechte einzustehen ... *(Appl.)*

... und ich begrüße sehr, dass der Gerald auch diesen Antrag so geschrieben hat, dass es eben nicht nur um Regenbogenfahnen geht, sondern auch um die Diversität und auch verschiedene Diskriminierungsformen, die es bei uns gibt, deswegen kann ich nur noch einmal sagen, wie ich schon vor dem Sommer gesagt habe, bitte setzen wir dieses Zeichen für die Menschenrechtsstadt, weil viele, viele Menschen in Graz brauchen dieses Zeichen, um sich auch selbst in Graz wohlfühlen mit ihrer sexuellen Orientierung, mit ihrer Herkunft und mit ihrem Geschlecht, deswegen, bitte stimmen wir da zu *(Appl.)*.

GR Mag. **Kuhn**:

Ja, zur Sichtbarmachung, ich muss da ein bisschen noch klarstellen, zur Sichtbarmachung der sexuellen Orientierung, dass das Privatsache ist, das ist zwar recht schön, wenn ich aber gefragt werde, ob ich mit meiner Partnerin heute gemeinsam ins Kino gehe oder in die Arbeit, dann ist das natürlich auch eine Sichtbarkeit, dass heterosexuelle Menschen ganz klar dann beantworten: „Ja, meine Freundin geht mit“, und genau um das geht es ja, genau um diese Dinge. Es geht um dieses Sichtbarmachen von solchen Sachen und da geht es nicht, was viele leider auch bei den Freiheitlichen immer wieder vermischen, um Sex oder was im Schlafzimmer passiert, da geht es genauer darum, mit meinem Partner oder meiner Partnerin, und diese Fragen kommen natürlich auch immer wieder dann mit dem Thema, dass es sichtbar ist. Vielleicht haben die Kolleginnen Kollegen nicht ganz zugehört, ich arbeite schon seit 15 Jahren im Bildungsbereich, das Thema ist, dass es genau in diesen Schulbüchern, in diesen Unterlagen eben nicht sehr sichtbar ist, es gibt eine Seite vielleicht in Biologiebüchern, wo das Thema Homosexualität aufgegriffen wird und es ist auch für Jugendliche und für junge Menschen wichtig, weil sie eben nicht zur Mehrheitsbevölkerung gehören, dass auch ihr Thema thematisiert wird und da ist es gut, dass es Paraden gibt. Es ist jedoch wichtig, dass das in den Alltag einzieht als völlig normales Thema und nicht, wo man dann auch wieder schaut, das kann man auch in den Straßen beobachten, wenn zwei Männer oder zwei Frauen Hand in Hand gehen, drehen sich doch Etliche um, es kann zwar positiv sein, aber überlegt euch einmal, wenn ihr Hand in Hand geht, wenn ihr einfach nur durch die Stadt schlendern wollt, ob das so cool ist, und bis zu dem Weg, dass es völlig egal wird, und da weise ich nur noch einmal auf Schweden und die Niederlande hin, die nehmen das nicht auf die leichte Schulter, 95 % Zustimmung, 92 % Zustimmung bedeutet nicht, dass sie nichts sagen, sondern dass sie das thematisieren und dort auch Flüchtlinge und Leute mit Migrationshintergrund das auch als selbstverständlich ansehen, das ist auch eine Bildungsarbeit. Menschenrechte sind auch eine Bildungsarbeit und

deshalb plädiere ich, dass ihr, dass Sie, für die Dringlichkeit stimmt und eben dem Antrag zustimmt. Vielen Dank (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Wir kommen jetzt zu drei Stücken, die das Thema Moria behandeln. Die Frau Klubobfrau Gmeinbauer hat mir gerade gesagt, dass ausgemacht ist mit den anderen Klubobleuten, dass nicht die dreifache Redezeit, sondern die doppelte Redezeit in Anspruch genommen wird, weil es heute eine terminliche Kollision noch geben wird, das bedeutet Antragsteller plus zwei Personen aus jedem Klub. Ist das für alle auch so in Ordnung? Abgemacht ist es mit den Klubobleuten, ich denke, ja. Dann darf ich als Erste Frau Gemeinderätin Wutte an das Rednerpult bitten, um ihren Antrag vorzubringen.

9.5 Humanitäre Katastrophe von Moria – unsere Verantwortung (GRⁱⁿ Manuela Wutte, Grünen)

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream. Wir kommen zu einem Thema, das uns, denke ich, in diesen Tagen alle zutiefst bewegt und das wir deswegen unbedingt im Gemeinderat besprechen müssen. Im Flüchtlingslager Moria hat sich vor wenigen Tagen die verheerende Katastrophe ereignet, vor der HelferInnen vor Ort und NGOs seit Monaten gewarnt haben. Klaus Schwertner, Generalsekretär der Caritas aus Wien hat gesagt: „Europa hat diese Katastrophe seit vielen Monaten, sehenden Auges, in Kauf genommen“, und das bringt es, denke ich, auf den Punkt. Über Monate

haben in einem Lager, das für 2.800 Menschen ausgelegt war, 20.000 Menschen unter katastrophalsten, menschenunwürdigen Bedingungen gelebt und das am Boden der EU. Anfang September waren es noch immer ca. 13.000 Menschen, die aufeinander gepfercht, unterernährt, durch fehlende Sanitäreinrichtungen krank und ohne Perspektive in dem völlig überfüllten Lager lebten. Anfang September traten die ersten Corona-Fälle im Lager auf, obwohl beispielsweise Ärzte ohne Grenzen seit Monaten davor warnte und sagte, man müsse das Lager unbedingt evakuieren, weil unter den derzeitigen Zuständen und den jetzigen Hygienebedingungen ein Corona-Ausbruch in dem Lager nicht kontrollierbar sei. Entgegen aller Empfehlungen und Forderungen von NGOs eine Massenquarantäne über das Lager verhängt wurde, kam es am 8. September zu dem verheerenden Brand, der fast das ganze Lager zerstörte. Die aktuelle Situation nach dem Brand ist für die Flüchtlinge noch katastrophaler, sollte das denn möglich sein, sie war vorher schon katastrophal und jetzt ist sie eigentlich unvorstellbar. Die Menschen stellen sich Stunden lang für etwas Essen, einen halben Liter Wasser an, es gibt keine Sanitäreinrichtungen, keine Toiletten, keine Duschen. Das Ersatzlager bietet höchstens Platz für ein paar 100 Menschen und Tausende sind nach wie vor auf der Straße, und das inmitten der Corona-Epidemie und ich finde es erschreckend, dass es das gebraucht hat, damit Europa hinsieht, hinsieht auf diese Schande, auf diesen Schandfleck Europas, den es ja im Grunde seit Jahren gibt. Weil wir dürfen nicht vergessen, die Lage in dem Lager Moria und dem anderen Lager war vorher schon katastrophal und menschenunwürdig und wir sollten nicht vergessen, 2014 wurde dieses Lager als Hotspot eingerichtet und die Idee war, dass Asylsuchende möglichst rasch registriert und ihre Asylanträge schnell bearbeitet werden sollen, nichts von dem ist passiert. Die Menschen sind dort teilweise seit Jahren ohne Perspektive, ohne Wissen, wie es mit ihnen weitergehen wird. Am Beispiel von Moria sieht man sehr deutlich, dass die Flüchtlingspolitik der EU gescheitert ist und deswegen sollte uns auch zum jetzigen Zeitpunkt klar sein, dass es nicht reichen kann, einfach nur Hilfe vor Ort anzubieten, weil wir können nicht die Lage wiederherstellen, wie sie vorher war, sie war vorher katastrophal, sondern es ist

wirklich der Weckruf jetzt da, diesen Menschen vor Ort zu helfen. In den letzten Wochen haben sich deswegen einige Länder in der Europäischen Union bereits bereit erklärt, Kinder und ihre Familien aus Griechenland aufzunehmen, die letzte Meldung aus Deutschland ist, dass über 1.500 Menschen aufgenommen werden. In Ländern wie in Österreich, wo auf der Bundesebene von Seiten der ÖVP nach wie vor große Ablehnung herrscht, zeigen immer mehr Kommunen große Bereitschaft, geflüchtete Menschen aufzunehmen, Wien hat gesagt, sie würden 100 Kinder und ihre Familien aufnehmen, Innsbruck würde Kinder aufnehmen und ich stehe heute da, um zu sagen, auch Graz trägt hier Verantwortung. Wir sind ein Menschenrechtsstadt und wir können nicht einfach wegsehen, wenn Menschenrechte, noch dazu auf Boden der EU, auf derart massive Weise verletzt werden. Der Herr Bürgermeister ist jetzt leider gerade nicht da, aber wenn er da wäre ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv Mag. (FH) **Eustacchio**: Doch, er ist gerade da!*

GRⁱⁿ **Wutte**:

Ah, da kommt er! Super, freut mich, Sie sind genau rechtzeitig, weil ich wollte Sie jetzt direkt ansprechen. Super, bin begeistert. Herr Bürgermeister, was ich von Ihnen in den Medien zur Lage in Moria gelesen habe, war, dass Sie gesagt haben: „Wir melden uns dazu nicht zu Wort“, so wurden Sie im Standard zitiert, als verschiedene Kommunen nach ihrem Standpunkt gefragt wurden, und da waren auch etliche ÖVP-Bürgermeister dabei, die gesagt haben: „Ja, unsere Stadt ist bereit, unsere Stadt kann durchaus einige Geflüchtete aufnehmen, wir haben Platz, wir haben Kapazitäten und Sie, Herr Bürgermeister, Sie haben gesagt: „Wir melden uns nicht zu Wort“, und ich möchte Sie wirklich fragen, Herr Bürgermeister, Sie waren vor Jahren Vertreter einer christlichsozialen Partei, wie

viel ist davon noch übrig? Wo ist das Christlichsoziale hier in Graz in der ÖVP geblieben? Das frage ich mich (*Appl.*).

Das frage ich mich am heutigen Tag und es wird nicht reichen, sich dieser Debatte zu entziehen und sich einfach nicht zu Wort zu melden. Ich möchte Sie wirklich fragen: Sind Sie mittlerweile mit Ihrem Koalitionspartner zu einer einzigen Partei von undefinierbarer blauer Farbe zusammengewachsen, weil die Grazer FPÖ scheinbar so stark Ihre Haltung in dieser Frage bestimmt? Das finde ich einen unerträglichen Zustand, denn wir sind Stadt der Menschenrechte und müssen uns in dieser Situation für die Menschenrechte einsetzen.

Deswegen stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Grazer Gemeinderat bekennt sich, was doch eigentlich selbstverständlich sein sollte, zum Menschenrecht auf Asyl nach der Genfer Flüchtlingskonvention, das allen Schutzsuchenden zusteht. Um dieses Menschenrecht zu gewährleisten, steht allen Schutzsuchenden ein faires und rechtsstaatliches Asylverfahren zu, eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung sowie Schutzmaßnahmen für besonders vulnerable Gruppen, wie beispielsweise Kinder, Jugendliche oder Traumatisierte.
2. Um dieses Menschenrecht auf Asyl zumindest innerhalb der EU zu sichern, ersucht der Grazer Gemeinderat die Bundesregierung auf dem Petitionsweg, sich auf EU-Ebene und in bilateralen Gesprächen für die Einhaltung dieser Standards in allen Mitgliedsstaaten einzusetzen und setzt sich auch für eine EU-weite Verteilung geflüchteter Menschen ein.
3. Die Menschenrechtsstadt Graz erklärt sich heute dazu bereit, mindestens 50 minderjährige Kinder und deren Familien aus dem ehemaligen Lager

Moria in Graz aufzunehmen und wird diese Bereitschaft dem Bundesminister für Inneres zur Kenntnis bringen.

Ich hoffe auf Zustimmung (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Im Flüchtlingslager Moria hat sich vor wenigen Tagen die verheerende Katastrophe ereignet, vor der HelferInnen vor Ort schon lange gewarnt haben. „Europa hat diese Katastrophe seit vielen Monaten sehenden Auges in Kauf genommen“, brachte Klaus Schwertner, Generalsekretär der Caritas der Erzdiözese Wien, es treffend auf den Punkt. In einem Lager, das für 2.800 Menschen ausgelegt waren, lebten zwischenzeitlich 20.000 Menschen unter katastrophalen, menschenunwürdigen Bedingungen. Auch viele unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge lebten im Lager, wo sie nach traumatischen Kriegserfahrungen weiterer Gewalt ausgesetzt waren.

Anfang September waren es noch immer ca. 13.000 Menschen, die aufeinander gepfercht, unterernährt, durch fehlende Sanitäreinrichtungen krank und ohne Perspektive in dem völlig überfüllten Lager lebten. Anfang September traten die ersten Covid19-Fälle im Lager auf, obwohl Ärzte ohne Grenzen seit Monaten eine Evakuierung des Lagers forderten, weil Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen unmöglich einzuhalten waren (1.300 Menschen teilten sich beispielsweise einen Wasserhahn). EU-weit hatten bereits im März über 300 NGOs (darunter auch viele österreichische) eine Evakuierung von Moria und anderer Lager gefordert, um eine Katastrophe inmitten der Corona-Pandemie zu verhindern. Nachdem entgegen aller Empfehlungen eine Massenquarantäne über das Lager verhängt wurde, kam es am 8. September zu dem verheerenden Brand, der fast das gesamte Lager zerstörte.

Die aktuelle Situation nach dem Brand ist für die Flüchtlinge, unter ihnen viele Kinder, katastrophal. Stundenlang stellen sich die Menschen für Essen, ja für einen

halben Liter Trinkwasser pro Familie an. Es gibt keine Sanitäreinrichtungen, keine Toiletten, keine Duschen. Das Ersatzlager, das jetzt errichtet wird, bietet Platz für 800 Personen, rd. 600 davon sind inzwischen bezogen. Bis tatsächlich alle Flüchtlinge auf der Insel untergebracht sind, dürften Wochen, ja Monate vergehen. Und das alles mitten in der Corona-Epidemie.

Aber auch abseits der Brandkatastrophe ist die Situation auf Lesbos menschenunwürdig. 2014 wurde das Lager Moria als sogenannter Hot-Spot eingerichtet. Hier sollten – so die offiziellen Ankündigungen - ankommende Asylsuchende rasch registriert und ihre Asylanträge schnell bearbeitet werden. Abgelehnte Asylsuchende sollten in die Türkei zurückgebracht werden, im Gegenzug dafür sollten die EU-Länder dann Flüchtlinge mit Schutzstatus aus der Türkei aufnehmen. Wir wissen, dass all dies nie passiert ist. Die Asylverfahren auf den griechischen Inseln dauern jahrelang, die Chance, Asyl zu erhalten, sind minimal und selbst jene, die Asyl bekommen, dürfen das Lager nicht verlassen. Die Übernahme von Flüchtlingen durch EU-Länder aus der Türkei, wo alleine 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge leben, hat nicht stattgefunden, genauso wenig die Rückübernahme von den Inseln in die Türkei. Für die auf den griechischen Inseln gestrandeten Flüchtlinge gibt es kein vor und kein zurück.

An Moria lässt sich das Scheitern der Flüchtlingspolitik der EU deutlich illustrieren. Es geht hier nämlich nicht darum, Schutzbedürftige zu identifizieren, ihnen entsprechend der Genfer Konvention Schutz zu gewähren und sie während des Verfahrens menschenwürdig unterzubringen. Moria diene und dient vor allem als Abschreckungsexempel für Geflüchtete, die sich Schutz in der EU erhoffen. Dieser Zustand muss endlich ein Ende finden und zwar jetzt, wo geflüchtete Familien zu tausenden nahezu ohne Versorgung auf der Straße leben und das in einem Mitgliedsstaat der EU.

In den letzten Wochen haben sich einige europäische Länder bereit erklärt, Kinder und ihre Familien aus Griechenland aufzunehmen. Wo die jeweiligen Regierungen zögern oder ablehnende Haltungen einnehmen, zeigen immer mehr Kommunen aber auch Bundesländer ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen aus

Moria. Auch in Österreich gibt es Städte, die mit gutem Beispiel vorangehen. So haben sich u.a. Wien und Innsbruck bereit erklärt, 100 bzw. 50 schutzbedürftige Kinder aufzunehmen.

Auch Graz trägt hier Verantwortung. Wir sind Menschenrechtsstadt und können nicht einfach wegsehen, wenn Menschenrechte, noch dazu auf europäischem Boden, derart massiv verletzt werden. Und auch der Bürgermeister der Menschenrechtsstadt Graz kann sich nicht auf die Position zurückziehen, zu dem Thema einfach nichts zu sagen (siehe Standard Online, 11. 9.2020)

In Graz gibt es auch etliche Menschen, die bereit wären, geflüchtete Menschen bei sich aufzunehmen und zu unterstützen; auch in der organisierten Flüchtlingsunterbringung gibt es noch freie Kapazitäten. Wir können jetzt sofort handeln und als Kommune ein starkes Zeichen für die Aufnahme von absolut schutzbedürftigen Menschen setzen – das ist ein Gebot der Menschlichkeit!

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Grazer Gemeinderat bekennt sich zum Menschenrecht auf Asyl nach der Genfer Flüchtlingskonvention, das allen Schutzsuchenden zusteht. Um dieses Menschenrecht zu gewährleisten, steht allen Schutzsuchenden ein faires und den rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechendes Asylverfahren zu, eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung sowie Schutzmaßnahmen für besonders vulnerable Gruppen, wie beispielsweise Kinder, unbegleitete Jugendliche oder Traumatisierte.*
- 2. Um dieses Menschenrecht auf Asyl zumindest innerhalb der EU zu sichern, ersucht der Grazer Gemeinderat die Bundesregierung auf dem Petitionsweg, sich auf EU-Ebene und in bilateralen Gesprächen für die Einhaltung dieser*

Standards in allen Mitgliedsstaaten einzusetzen sowie für eine EU-weite Verteilung geflüchteter Menschen.

3. *Die Menschenrechtsstadt Graz erklärt sich bereit, mindestens 50 minderjährige Kinder und deren Familien aus dem ehemaligen Lager Moria in Graz aufzunehmen und wird diese Bereitschaft dem Bundesminister für Inneres zur Kenntnis bringen.*

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (17.38 Uhr).

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals. Ich werde dann sehr ausführlich darauf eingehen, aber dazu haben wir später dann noch Gelegenheit. Den nächsten Dringlichen Antrag darf Frau Gemeinderätin Robosch jetzt bitte vortragen.

9.6 Graz hat Platz, Aufnahme von minderjährigen Flüchtlingen aus Moria (GRⁱⁿ Anna Robosch, SPÖ)

GRⁱⁿ Robosch:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Wir stehen heute hier, weil das Lager Moria brennt, aber es brennt nicht erst seit dem 9. September, es brennt schon seit Jahren und es brennt massiv seit den letzten Monaten der Pandemie. Dieses menschenunwürdige Lager auf Lesbos war ausgerichtet für ungefähr 3.000 Menschen, mittlerweile leben dort über 12.000 Menschen ohne Wasser, ohne Nahrung, ohne Sanitäranlagen im Dreck, und nun liegt das Lager in Asche. Ein Flüchtlingslager, das so viel Horror und so viel Leid für die Menschen darin bereitet, dass man nicht länger wegsehen kann. Ich kenne persönlich mehrere Menschen, die jetzt gerade und auch in den vergangenen Monaten in Moria vor Ort waren und geholfen haben, und das was

diese Freunde und Menschen mir erzählen, ist noch viel schlimmer als die Bilder, die wir sehen. Ganz aktuell hat mir ein Freund von mir erzählt, dass er weiß, dass sich dort ein 6-jähriger Bub das Leben genommen hat, weil er kaum noch Ausweg und kaum noch Hoffnung hatte, und hier müssen wir uns fragen, was ist passiert, dass wir es zulassen, dass sich Kinder in Europa das Leben nehmen, und ich kann es nicht beantworten, weil ich kann nur sehen, wie wir seit Jahren und mehreren Monaten wegschauen und die Lage bewusst eskalieren lassen und diese bewusste Eskalation kommt immer in Schüben. Ich habe das Gefühl, wir schicken Zelte und warten wieder auf den Tag, bis sie brennen. Ich habe das Gefühl, wir schicken und wir warten wieder auf den Tag, bis hungernde und durstige Kinder vor der Kamera stehen, und viel Kommunen, wie schon angesprochen wurde, haben sich im März schon bereit erklärt, Kinder und Schutzsuchende aus Moria aufzunehmen, 40 Gemeinden haben gesagt: „Ja, wir haben Platz“. Sogar ein neugewählter FPÖ-Bürgermeister von Hohenems hat gesagt, wir müssen aufnehmen, und es ist ein Akt der Menschlichkeit. Leider vermisse ich diese Menschlichkeit jetzt gerade in dieser Diskussion, denn wir wissen alle, es geht hier nicht um Integration, es geht hier nicht um irgendwelche Hilfe vor Ort, dafür ist es längst zu spät. Es geht hier wirklich um einen Akt der Menschlichkeit und um die Evakuierung dieser Kinder und dieser Menschen, und ich weiß, unsere Parteien haben große Unterschiede, ich weiß, wir führen oft sehr hitzige Diskussionen in diesem Gremium, aber ich glaube, kein Moment war bisher so eindeutig wie dieser, um die Unterschiede beiseite zu legen und um uns auf das Wesentliche zu konzentrieren. Und das Wesentliche ist das Bestreben, diese Kinder aus dem tiefsten Elend zu befreien und ihnen wieder Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben und das muss doch uns alle in diesem Gremium und in der Menschenrechtsstadt vereinen, und ich hätte auch nie gedacht, dass ich einmal hier stehe und Michael Jeannée zitiere, aber er hat auch in der Kronenzeitung einmal geschrieben oder vor ein paar Tagen geschrieben: „Kinder wissen nicht, was Schlepper sind, Profite, morsche Boote, das Mittelmeer, Ärzte ohne Grenzen, die Caritas. Kinder sind ahnungslos, warum die einen wollen, dass sie leben und die anderen ihren Tod in Kauf nehmen, Kinder

wissen nicht von den beinharten Überzeugungen, von Parteien, von Wahlkämpfen, von Koalitionen, von Humanität, von Kalkül, von Berechnungen, von politischem Spiel. Kinder wollen nur leben und einfach überleben.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Kinder müssen überleben, diese Kinder müssen in Europa überleben und deswegen bitte ich Sie, stimmen wir dafür, dass wir diese Kinder in Europa aufnehmen, dass wir dieses Lager evakuieren und dass wir einer Menschenrechtsstadt würdig sind, heute, weil wenn dieser Antrag nicht durchgehen sollte, dann bin ich nicht länger bereit, dass Graz eine Menschenrechtsstadt ist.

Deshalb stelle ich hier im Namen der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Der Gemeinderat möge an die Bundesregierung auf dem Petitionswege herantreten, um die Aufnahme von minderjährigen Flüchtlingen aus dem Lager Moria in Österreich zu ermöglichen, und die Stadt Graz soll sich dem Bündnis der österreichischen Kommunen anschließen, die sich bereit erklärt haben, Kinder aus Moria in ihren Gemeinden und Städten aufzunehmen.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit mehr als einer Woche stehen abertausende von Kindern vor den abgebrannten Resten des Flüchtlingslagers Moria. Das menschenunwürdige Horrorlager auf Lesbos galt seit Jahren als Schande Europas. Doch spätestens seit dem Brand können wir nicht länger wegsehen. Ich selbst kenne HelferInnen vor Ort, die Unvorstellbares berichten. Etwa, dass sich Kinder im Alter von 6 Jahren in diesem Lager das Leben nehmen, weil sie keinerlei Hoffnung und Kraft mehr haben.

Ich weiß, es gibt zwischen unseren Parteien große Unterschiede und oftmals hitzige Diskussionen in diesem Gremium. Das alles ist Teil der Demokratie. Doch wenn es je einen Augenblick gab, die Differenzen beiseite zu legen und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, dann jetzt. Das Bestreben, Kinder aus dem tiefsten Elend zu befreien, das man sich vorstellen kann und ihnen wieder Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben, muss etwas sein, das uns alle vereint.

Ich hätte nicht gedacht, dass dieser Moment einmal kommt, aber ich möchte Michael Jeannée zitieren: „Kinder wissen nicht, was Schlepper sind, Profite, morsche Boote, das Mittelmeer, Ärzte ohne Grenzen, die Caritas. Kinder sind ahnungslos, warum die einen wollen, dass sie leben, die anderen ihren Tod in Kauf nehmen. Kinder wissen nichts von beinharten Überzeugungen, von Parteien, von Wahlkämpfen, von Koalitionen, von Humanität, von Kalkül, von Berechnung, vom politischen Spiel. Kinder wollen nur leben, einfach nur leben, überleben!“

Darum bitte ich Sie, liebe KollegInnen, machen wir das nicht zu einem Politikum. Befreien wir diese Kinder aus der Hölle von Moria!

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge an die Bundesregierung auf dem Petitionswege herantreten, um die Aufnahme von minderjährigen Geflüchteten aus dem Lager Moria in Österreich zu ermöglichen. Die Stadt Graz soll sich dem Bündnis der österreichischen Kommunen anschließen, die sich bereit erklärt haben, Kinder aus Moria in ihren Gemeinden und Städten aufzunehmen.

**9.7 Aufnahme schutzbedürftiger Kinder aus Moria
(GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)**

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ich stimme vollinhaltlich überein mit den Vorrednerinnen, es ist eine humanitäre Katastrophe, wenn für 1.300 Menschen ein Wasserhahn existiert, sie sich nicht die Hände waschen können, von Seife brauchen wir gar nicht erst reden. Also wir zeichnen da ein höchst unmenschliches Szenario dieses Lagers, es war nur eine Frage der Zeit, bis Corona dort ausbricht und ich denke, wir haben eine Verantwortung für diese Menschen und auch die Kommune in Graz sollte sich als menschenrechtswürdige Stadt erweisen, und wir Neos, wir sagen, 17 Kinder mit ihren Familien, also pro Bezirk ein Kind plus Familie, das ist der einzige Unterschied zwischen unseren Anträgen, also ich kann nur an Ihre Menschlichkeit appellieren. Gehen wir einen steirischen, mutigen Weg, Herr Bürgermeister, und verlassen Sie den Weg der Bundeslinie in dieser Hinsicht. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Zustände in den Lagern für AsylwerberInnen und MigrantInnen auf den griechischen Inseln sind als „Schande für Europa“ zu bezeichnen und als solche unvereinbar mit den europäischen Werten.

Im Lager Moria auf Lesbos herrschten derart unmenschliche Bedingungen, sodass beispielsweise für 1.300 Menschen nur 1 Wasserhahn zur Verfügung stand, ohne Seife versteht sich.

Dass es unter solchen Umständen zur Ausbreitung des Corona-Virus kommen wird, war vorprogrammiert:

Das Lager Moria ist für 2.800 Menschen konzipiert, wobei zuletzt etwa 12.600 Menschen dort lebten. Ein menschenunwürdiges Dasein, ohne ausreichende Hygiene und medizinische Versorgung. Um eine humanitäre Katastrophe auf dem

Terrain der Europäischen Union zu verhindern, hätten die Lager schon längst geräumt werden müssen.

Doch damit nicht genug: Durch die Vernichtung des Lagers Moria in der Nacht auf den 9. September wurden tausende Menschen, darunter eine Vielzahl von Kindern, auf einen Schlag zu Obdachlosen.

Angesichts der sich zuspitzenden Lage startete die Europäische Union jetzt ein freiwilliges Programm zur Umsiedlung besonders schutzbedürftiger Menschen, also unbegleiteter Kinder.

Im Rahmen des EU-Hilfs-Programms sollen die aus den Elendslagern ausgewählten Kinder in sichere Unterkünfte nahe Athen gebracht werden, wo dann die Kommission deren Ausreise in andere EU-Mitgliedstaaten organisiert und finanziert.

Dieses Programm gewährt Kindern das, was ihnen gebührt: Schutz, Sicherheit, eine adäquate Gesundheitsversorgung sowie eine positive Perspektive für deren Leben. Bislang erklärten sich 11 Mitgliedsstaaten bereit, insgesamt über 2.000 Kinder und Jugendliche aus den griechischen Lagern aufzunehmen: Belgien, Bulgarien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Kroatien, Litauen, Luxemburg, Portugal, Slowenien.

Auch Norwegen und Serbien möchten sich am Re-Location-Programm der EU-Kommission beteiligen. Nach Angaben der EU-Kommission wurden bisher gut 640 Menschen durch sieben EU-Länder aufgenommen (Deutschland, Luxemburg, Irland, Portugal, Finnland, Belgien, Frankreich).

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), die Internationale Organisation für Migration (IOM), der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und das Internationale Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) begleiten die Umsetzung des Programms.

Die österreichische Bundesregierung hat sich bislang geweigert, auch nur ein einziges Kind im Rahmen des Programms der EU-Kommission aus Griechenland aufzunehmen.

Unsere Anträge wurden auf Bundesebene abgelehnt. Allerdings hätte allein die Stadt Graz genügend Kapazitäten, um zumindest 17 schutzbedürftige Kinder, das wäre lediglich 1 Kind für jeden Grazer Bezirk, aus den Lagern in Moria aufzunehmen und zu versorgen.

Um in einer Stadt der Menschenrechte auch tatsächlich einen Akt der Menschlichkeit zu zeigen, stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates den

dringlichen Antrag,

der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Die Stadt Graz wird die Bundesregierung auffordern, sich am EU-Programm zu beteiligen, um unschuldigen Kindern Schutz, Sicherheit, ein adäquate Gesundheitsversorgung sowie eine positive Lebensperspektive zu bieten.*
- 2.) Die Grazer Stadtregierung wird aufgefordert, die Menschenrechtsstadt Graz als Aufnahmeort von schutzbedürftigen Kindern aus Moria anzubieten und die Kapazitäten für die Aufnahme von 17 Kindern zu prüfen.*

StR Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat. Auf die Frage, ob dieser Antrag und dieses Thema dringlich ist, ein ganz klares Ja. Wenn ich die Bilder von Moria sehe, blutet mein Herz. Mein Herz blutet auch, wenn ich die Bilder von anderen Flüchtlingslagern auf dieser Welt sehe, die derzeit nicht so viel Aufmerksamkeit bekommen wie jenes auf der griechischen Insel Lesbos. Die Zahl der Menschen, die sich derzeit am Erdball auf der Flucht befinden, ist gewaltig, es waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Insgesamt, schätzt die UNO, in etwa 79 Mio. Menschen, darunter auch ein großer Teil an

Wirtschaftsflüchtlingen und auf den dringlichen Antrag der Grünen angespielt, ja, wir bekennen uns ganz klar zur Genfer Flüchtlingskonvention. Wir haben eine Verantwortung und wir nehmen diese Verantwortung sehr stark wahr, bei der Schutzgewährung von Flüchtlingen stehen wir im EU-Vergleich auf Platz 3, allein heuer hat Österreich bereits 700 unbegleitete Minderjährige in der Grundversorgung aufgenommen. Wir können auf die Solidarität stolz sein, wir helfen enorm, aber die große Anzahl der zu integrierenden Menschen seit 2015 lässt unsere Systeme auf kommunaler Ebene teilweise an ihre Kapazitätsgrenzen kommen. Um trotzdem die Integrationsfähigkeit aufrecht zu erhalten, ist aus meiner Sicht eine restriktive Zuwanderungspolitik notwendig einerseits, andererseits müssen wir einen Kraftakt in der Integration unternehmen. Um diese große Herausforderung bewältigen zu können, haben wir unser Integrationsbudget in den letzten Jahren nahezu verdoppelt, von in etwa 700.000 Euro auf knapp 1,4 Mio. Euro aufgestockt. Dass es aufgrund der Masse an Flüchtlingen nicht immer gelingt, die Menschen am ersten Arbeitsmarkt unterzubringen, zeigen uns auch die Zahlen der Mindestsicherung in Graz; hier ist es so, dass 60 % der Antragstellerinnen und Antragsteller nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben. Als Bildungsstadtrat ist es auch meine primäre Aufgabe, Menschen, vor allem jungen Menschen, Zukunftsperspektiven zu geben und das Ziel, dass alle Kinder Zukunftsperspektiven haben, indem sie bei Schuleintritt dem Unterricht folgen können, können wir gerade noch gewährleisten. In manchen Fällen wird es schon schwierig, obwohl wir die frühe Sprachförderung ordentlich aufgestockt haben um 200.000 Euro. Aufgrund dieser Tatsache, aber auch aufgrund der Tatsache, dass wir noch immer nicht die Residenzpflicht in unserem Land umgesetzt haben österreichweit und auch nicht steiermarkweit, sehe ich eine freiwillige zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen sehr, sehr kritisch. Darüber hinaus würde man mit einer Aufnahme den Schleppern Aufwind bereiten und die Tatsache, dass dort zusätzlich geholfen wird, wo ein Flüchtlingslager angezündet wird, hätte höchstwahrscheinlich die Folge, dass auch andere Lager brennen, auch das hat es schon gegeben. Es ist noch nicht ganz klar, ob es einen unmittelbaren

Zusammenhang gegeben hat, aber auf Samos ist in unmittelbarer Nähe von einem Flüchtlingslager auch ein Brand entfacht, deshalb begrüße ich den Ansatz der schwarz-grünen Bundesregierung, vor Ort zu helfen. Während andere noch diskutieren, hat die Bundesregierung bereits 181 Wohn- und Sanitärcontainer zur Unterbringung von Migrantinnen und Migranten in das Gebiet um Lesbos gebracht, des Weiteren ist gestern der Innenminister auch in dieses Gebiet geflogen und hat weitere 55 Tonnen Hilfsgüter vor Ort positioniert, er hat auch Hilfspersonal mit am Bord gehabt, nämlich 10 Sanitäter und auch eine Ärztin, und das ist aus meine Sicht genau die Zielrichtung, wie wir nachhaltig helfen können; das macht die Bundesregierung, ich glaube, dass wir auch als Stadt Graz hier Handlungsbedarf haben. Wir haben mit sehr vielen Menschen geredet, die Sissi Potzinger hat auch in dieser Woche ein schönes Projekt des Vereines SOS Kinderdorf an uns herangetragen. Die haben in Herkunftsländern Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Ich denke, wenn wir mit dem Verein Kontakt aufnehmen, das würde ich auch übernehmen, könnten wir hier das eine andere wirklich schöne und nachhaltige Projekt vor Ort zusammenbringen. In diesem Sinne, dringlich auf jeden Fall, die Hilfe schaut anders aus, wir möchten vor Ort helfen (*Appl.*).

GR Mag. Sippel:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren vor den Bildschirmen. Wir haben jetzt 15 Minuten Tränendrüse erlebt, zumindest von den drei Antragstellerinnen, ich möchte doch einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten. Bis gestern, ich gebe es zu, habe ich mich ein bisschen geärgert über diese Initiativen, 100 Kinder aufnehmen, 50 Kinder aufnehmen, 17 Kinder aufnehmen, also man hat da nicht so wirklich gewusst, in welche Richtung es da gehen soll. Der Ärger ist doch etwas verflogen, aber nur aus dem Grund, weil ich mich heute noch mehr ärgere, und zwar über die Maßnahmen der Bundesregierung, was die Covid-Bestimmungen betrifft, dass nämlich ab

Montag nur mehr 10 Personen bei privaten Feierlichkeiten, Treffen anwesend sein dürfen, also das ist wirklich etwas, das mich viel mehr ärgert, weil es unmittelbarer tatsächlich bei uns ist. Ich fühle mich in der Debatte an das Jahr 2015 zurückerinnert, und auch schon 2015 hat die freiheitliche Partei ganz klar gesagt, keine Aufnahme von, in diesem Fall, heute aktuell, Moria-Migranten in Graz. Während ganz Österreich noch immer nach 5 Jahren unter den Folgen dieser Zuwanderungswelle von 2015 leidet, klatschen die Grazer Sozialisten, die Grünen und die Neos erneut „Refugees welcome“, und wenn ich von den Problemen spreche, dann nennen wir sie auch beim Namen: sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen, Messerstechereien, Drogendelikte, die Liste wäre lang; um die alle auch abzuarbeiten, bräuchte man einen Sondergemeinderat, sehr geschätzte Damen und Herren, und als Höhepunkt, ist vielleicht das falsche Wort, aber letztlich auch der Übergriff die Synagoge in Graz und auf den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde war auch eine Folge dieser unkontrollierten Zuwanderung des Jahres 2015, und natürlich kann ich ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, wenn die Mediale, und ich habe es so genannt: „Kulleraugeninszenierung“, bei dem einen oder anderen Gemeinderat Mitgeföhle weckt, das ist nachvollziehbar, aber sind wir uns ehrlich, den Schmah mit den Kindern, den haben wir schon 2015 erlebt, und ich bin überzeugt davon, dass es keine unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlinge gibt. Es kann mir keiner erzählen, dass sich 7-jährige, 8-jährige, 9-jährige, 10-jährige Kinder von Afghanistan aus, vom Iran aus, vom Irak aus, selbstständig, alleine auf den Weg machen und dann irgendwo an den Grenzen Europas, oder wie in diesem Fall, in Europa landen, das kann mir niemand erzählen und ich glaube, die Kinder, die Sie meinen, die sind 1,90 m groß und haben Vollbart und da gilt es schon auch etwas genauer hinzusehen, denn kleine Kinder, so wie das auch da gefordert wird, nehmen wir Kinder auf, von ihren Eltern auch zu trennen, das ist etwas, was die Stadt Graz nicht ...

Zwischenrufe unverständlich

GR Mag. **Sippel**:

... du kannst dann gerne noch zum Schlusswort sprechen, jetzt lass mich da auch kurz meine Ausführungen zu Ende bringen. Das kann mir niemand erzählen, dass das etwas ist, das wir unterstützen sollten als Stadt Graz. Oder das ist eine Strategie, um Familiennachzug über die Hintertüre möglich zu machen, also diese beiden Möglichkeiten gibt es. Beide Möglichkeiten sind abzulehnen.

Verantwortungsvolle Politik, sehr geehrte Damen und Herren, bedeutet, sich nicht erpressen zu lassen und letztlich würden Ausnahmen, wie sie heute auch gefordert sind, Brandstifter aufzunehmen und letztlich zu belohnen und ins Land zu holen, wäre in Wahrheit das völlig falsche Signal und hätte zur Folge, dass weitere Lager brennen. Selbstverständlich, wenn das Schule macht, dann würden das auch andere Lager, die es gibt, so praktizieren und das kann nicht der Weg sein, sich hier auf diese Art und Weise erpressen zu lassen. Als Regierungspartei in Graz gilt für uns nach wie vor, und der Integrationsstadtrat hat das angesprochen, die Festlegung aus dem Regierungsprogramm Agenda Graz 2022, wo wir uns immer im Sinne der sozialen Sicherheit gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auf eine restriktive Zuwanderungspolitik verständigt haben, um eben die vorhandenen Integrationsprobleme, heute schon oftmals angesprochen, nicht weiter zu vergrößern und abschließend muss ich doch auch noch ein paar Worte in Richtung der Grünen Partei sagen, weil die Grüne Partei hat Regierungsverantwortung in diesem Land, und zwar auf Bundesebene. Sie hätten die Chance gehabt, im Parlament hier auch klar Stellung zu beziehen, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen, sie haben es nicht gemacht. Ich weiß schon, jetzt können wir eine Geschäftsordnungsdebatte führen, dass das nur eine Zuweisung an den Ausschuss war und letztlich nur ein Fristsetzungsantrag, gegen den sie da gestimmt haben, letztlich haben sie ihren Worten nicht Taten folgen lassen und da muss man halt auch attestieren, dass anscheinend die Gagen von 14.000 – 17.000 Euro für

Klubobfrau und Ministerin näher sind, als tatsächlich zu den Worten und zu den Inhalten zu stehen (*Appl.*).

Ich könnte jetzt noch lange referieren, welche Widersprüche auch da sich in dieser Argumentation auftun. Ich möchte nur noch ganz kurz zum Abänderer der ÖVP sagen, wir werden dem nicht die Zustimmung geben, aus folgendem Grund: Also ich finde das grundsätzlich einen guten Ansatz zu sagen: „Ja, Hilfe vor Ort“, ich glaube, das ist insgesamt der Weg in dieser Debatte, aber sozusagen jetzt auch noch, oder wieder auch in dem Fall, Lagerteile da hinunter zu schicken, das, glaube ich, können wir dann machen, wenn seitens der Migranten das auch respektiert wird und geschätzt wird, dass man hier das auch wertschätzen soll und nicht Dinge in Brand setzt, sofern ist das ein bisschen in der momentanen Situation nicht zielführend, dass wir da auch wieder in dem Sinn Aufbau macht. Wenn das dort verstanden wird, wenn der Respekt da ist, dann sehr sehr gerne. In diesem Sinne lehnen wir alle drei dringlichen Anträge in Dringlichkeit und Inhalt ab. Herzlichen Dank (*Appl.*).

GRⁱⁿ Heinrichs:

Herr Klubobmann Sippel, lieber Armin. Unmittelbar nach deinen zynischen Sätzen, sage ich zu dir nur, dich stört an Leichen offensichtlich erst der Geruch. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren. Allen drei dringlichen Anträgen werden wir von der KPÖ unsere Zustimmung erteilen, denn seitens der KPÖ gab es ebenso bereits zwei Initiativen. Meine Kollegin Christine Braunersreuther schrieb eine Anfrage „Menschenrechtsstadt als sicherer Hafen“ am 23. April an Herrn Bürgermeister Nagl, am 9. Juli gab es meinerseits eine schriftliche Anfrage, nämlich unbegleitete Kinder und Jugendliche aus Moria aufzunehmen, Graz als Menschenrechtsstadt muss dringend Humanität beweisen, ebenso an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Damals habe ich auch auf ein einsames Transparent in der Herrengasse Bezug genommen, damals hatte das Lager Moria auf Lesbos, als wir die Initiativen machten, noch nicht gebrannt, aber

dieser GAU war jedenfalls seit Jahren vorhersehbar, es wurde schon gesagt. Nicht zuletzt darum, auch nun die Initiativen in Form der drei dringlichen Anträge. Ich habe natürlich jetzt nicht die Absicht, die jeweiligen Inhalte unserer Initiativen vorzutragen, nur so viel: Der europäischen Staatengemeinschaft, die ja sehr zu bezweifeln ist, ist es in skandalöser Weise gelungen, einen humanitären Schaden der Sonderklasse auf allen ägäischen Inseln anzurichten. Diese Schandflecken an Lagern, wie sie ja mittlerweile in so gut wie allen Gazetten, inklusive der Kronen Zeitung, genannt werden, gibt es ja auf Lesbos, auf Samos, auf Chios, auf Kos und Leros und auf Lampedusa, nach wie vor auf Sizilien, in Augusta, Pozzallo, in Trapani und Porto Empedocle sowie in Taranto am apulischen Festland. Von all diesen Orten berichtet man vorsichtshalber nichts. Weil es auf Lesbos, mittlerweile auch auf Samos, gebrannt hat und die Menschen in den Straßen dort nicht leben, sondern vegetieren, die HelferInnen der Organisationen, die von unbeschreiblichem Gestank berichten, es hat in den letzten Tagen dort 35°C auf den Ägäischen Inseln, von Kindern, die sich prostituieren und suizidieren und zu Tausenden verschwunden sind seit Jahren, sprechen wir heute von Moria aber wohl nur, um der Gesamtproblematik an den europäischen Außengrenzen einen Namen zu geben. Wie kann es sein, dass wir schön eingebettet in den Binnenländern nicht nur die gestrandeten Menschen im Elend belassen wollen, um ein Exempel zur Abschreckung für andere Flüchtlinge zu statuieren, sondern dabei ohne mit der Wimper zu zucken, auch den ursprünglichen BewohnerInnen der besagten Inseln und Städten der Außengrenzen eine dermaßen untragbare Last aufbürden. Sehr geehrte Damen und Herren, es geht mir und meiner Partei, das sage ich ausdrücklich, nicht etwa um unkontrollierten Zuzug, keinesfalls, sondern um unbegleitete Kinder, die für ihr Geschick nichts, aber auch gar nichts können. Als erwachsene Menschen müssen wir menschenrechtlicher Weise für diese Kinder, für diese Jugendlichen Verantwortung übernehmen und es kann wohl nicht ernstlich damit gemeint sein, den Ist-Zustand, der zum Brand geführt hat, wiederherzustellen, dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es viel zu spät, es wäre ein halbes Jahrzehnt Zeit gewesen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, mit allem Respekt und mit dem Verständnis für das, was Sie bedenken und einkalkulieren müssen, bitte ich Sie hiermit inständig um Intervention bei der Bundesregierung in Angelegenheit dieser bedauernswerten Kinder und Jugendlichen. Wir können mithalten mit dem, was andere Gemeinden anbieten. Ich bitte Sie noch einmal inständig für die Kinder und danke Ihnen allen für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Die Dringlichkeit aller drei Anträge wurde (gegen FPÖ) angenommen.

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich glaube, die Worte von Herrn Gemeinderat Sippel waren ein eindringliches Beispiel dafür, dass in der Menschenrechtsstadt Graz eine Partei wie die FPÖ, wie Ihre, keinen Platz haben darf in einer Koalition (*Appl.*).

Ich möchte mich auch nicht weiter mit Ihrer Psyche oder mit Ihrem Antrieb, so zu reden, beschäftigen, ich weiß nur, dass es einen Riesenunterschied macht, dass es keine schwarz-blaue Regierung im Bund gibt, sondern eine schwarz-grüne, und deswegen komme ich auf das zurück, was du sagst, Kurt, das war der erste Schritt. der erste Schritt ist natürlich, und für den haben wir uns eingesetzt, eindringlichst, vor Ort zu helfen. Das ist ganz wichtig, weil da Kinder im Dreck schlafen, Kinder krank sind, Kinder keine Bildung, keine Schule haben über Monate, über Jahre, dass es Kindern ganz schlecht geht, das wissen wir alle und die brauchen Hilfe vor Ort. Für uns war es aber klar, und das haben die Grünen immer gesagt, in einem zweiten Schritt müssen wir auch Menschen hier aufnehmen und ich erinnere daran, das war jetzt öfter das Wort, dass wir eine Menschenrechtsstadt sind, aber Österreich hat auch die UN-Kinderrechtskonvention unterschrieben und in der steht ganz oben drinnen, dass Kinder in einer besonderen Weise zu schützen sind, und diese Kinder haben auch in einer Menschenrechtsstadt wie Graz Platz. Ich bin

überzeugt davon, es gibt genug Platz dafür und wir sollten uns das Herz nehmen, gemeinsam diese Petition, diesen Schritt an die Bundesregierung zu setzen (*Appl.*). Und ich verstehe nicht, wie man sich überhaupt noch christlichsozial bezeichnen kann, Ihre Partner in Deutschland haben es bewiesen, sogar ein Herr Söder ist bereit Menschen aufzunehmen, die wissen, christlichsozial heißt, wenn wir christlichsozial als Wert vor uns hertragen, dann müssen wir ihn auch leben und zeigen, dass es unsere Kultur ist und unsere Kultur bereit ist, Menschen, die in Not sind, zu helfen. Ich plädiere wirklich eindringlich, dass wir als Menschenrechtsstadt, wenn wir das ernst nehmen, und ich zitiere den Bürgermeister außer Dienst Alfred Stingl, der gesagt hat und der das damals mitinitiiert hat, dass wir Menschenrechtsstadt werden, dass die Menschenrechtsstadt eine dauerhafte Chance für uns ist für ein humanitäres Profil von Graz. Bitte denken wir an dieses humanitäre Profil von Graz, lassen Sie uns Menschen sein und für andere Menschen eintreten, bitte (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals. Ich möchte ein paar Anmerkungen machen, weil ich ja schon des Öfteren angesprochen worden bin. Zum Ersten: Als die Diskussion um das brennende Moris losgegangen ist, war ich schon längst in Wien und habe auch versucht, Gespräche darüber zu führen, wie man denn jetzt wirklich helfen könnte. Zweiten: Ja, nicht ich, aber mein Mitarbeiter, mein Pressesprecher hat dem Journalisten vom Standard gesagt, dass ich, an dem Tag damals, heute keine Stellungnahme abgeben werde. Aber dass ich mich als Bürgermeister einer Menschenrechtsstadt selbstverständlich zu Wort melden werde, das wurde heute hier am Rednerpult nicht hinzugefügt, vielleicht ist es auch jetzt klar, weil ich mich zu Wort melde und weil ich hier auch einiges zu sagen habe. Meine geschätzten Damen und Herren, ich fange vielleicht mit persönlichen Gefühlen, Überlegungen an. Jedes Mal, wenn ich im Fernsehen Bilder aus zerstörten Städten, aus Kriegen, aus Flüchtlingslagern, Bilder von den Grenzen sehe, geht es mir genauso schlecht

wie Ihnen, und ich behaupte, dass Menschen auch in unserer Stadt diese Bilder, zu Herzen gehen, dass Menschen mitleiden. Wir wissen aber auch, dass zurzeit in etwa 76 Mio. Menschen auf der Flucht sind. Wir können davon ausgehen, dass rund die Hälfte der davon betroffenen Personen, die auf der Flucht sind, Kinder bis zum 18. Lebensjahr sind. Das ist ganz gewaltig; wir reden jetzt über Moria, der eine oder andere hat es vielleicht schon vorher getan, aber jetzt ist es im Blickpunkt der Öffentlichkeit, diese Bilder, weil dort voraussichtlich Menschen auch selbst das Lager angezündet haben. Ob das jetzt ein bewusstes Vorgehen ist oder reine Verzweiflung, sei dahingestellt, ich glaube, es wird eine Mischung sein, aber ich möchte Ihnen vielleicht auch heute ein paar Lager nennen, die wir so nicht kennen. Die zehn größten Lager der Welt, wie Kakuma Refugee Camp in Kenia, Hagadera in Kenia, Dagahaley in Kenia, Ifo in Kenia, Zaatari im Jordangebiet, Yida im Südsudan, Katumba in Tansania und Nido in Äthiopien, in Pakistan, Mishamo in Tansania, das sind die zehn größten Flüchtlingslager. Fragen Sie nicht nach im Detail, wie es dort aussieht. Ich will das nur gleich zu Beginn einmal sagen, weil wir leider Gottes auch als Menschenrechtsstadt versuchen, auf der Welt zu helfen. Ein zweites Gefühl, das ist ein bisschen Ohnmacht und ein bisschen gemischt mit Wut. Jene Menschen, jene Gruppierungen, jene Staaten, die diesen Schaden anrichten, die machen mich richtig wütend, die fliegen dann noch über die Kriegsgebiete mit unterschiedlichen Flugzeugen und jeder will dort seine Ansprüche erweitern, die kümmern sich zum Großteil alle nicht darum, wie es den Menschen letzten Endes dort geht und sind meistens auch noch Gewinner, weil sie Bodenschätze danach für sich beanspruchen oder mit den Waffen, die dieses Unheil anrichten, letzten Endes auch noch Geschäfte machen, da ist richtige Wut da. Die dritte Geschichte ist die Befindlichkeit der politischen Lage dann in Österreich, möchte ich auch nicht verheimlichen es regt mich nicht weniger auf, wie mit diesen Bildern ständig auch eine Politik der Gefühle gemacht wird. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Menschen auf der Flucht, auf die Gründe dafür will ich jetzt gar nicht weiter eingehen, auch bei uns ständig für politische Agitation instrumentalisiert werden, ständige Schuldzuweisungen, und da bin ich auch ein

bisschen enttäuscht; es soll und muss einen Diskurs geben statt Aufregung, es muss Argumente geben, wir müssen wieder zuhören und allen zuhören und nicht gleich die Keule auspacken, wenn einer eine andere Meinung hat, wir haben sehr sehr viele Widersprüche. Wieso reden wir nicht einmal darüber, welche Verantwortung Griechenland in dieser Entwicklung hat? Was ist mit all den Hilfsgeldern geschehen, die dort hingekommen sind? Wie ist es möglich, dass in einem europäischen Land solche Zustände herrschen? Wieso reden wir nicht darüber, welchen Anteil die EU an dieser Entwicklung hat und hier auch zugesehen hat? Ich habe da im Übrigen so einen Verdacht, auch in der EU ist es nicht anders als bei uns: über Nächstenliebe reden: ja, christlichsoziale Verantwortung: Ja. Aber dann bitte nicht bei mir. Ich weiß ja nicht, wie es bei Ihnen persönlich aussieht, ich habe mich dieser Frage durchaus jetzt schon gestellt: Wer in diesem Haus, und in unserer Stadt ist wirklich bereit, einen unbegleiteten Jugendlichen ohne Wenn und Aber nicht nur kurz, sondern dauerhaft bei uns aufzunehmen? In der Debatte, die losgetreten wurde, wo es geheißen hat: „Ja, wir Österreicher haben auch unsere Kinder verschickt und die sind wo aufgenommen werden“, umgekehrt: Ich kenne sogar einen Mann, er ist leider schon verstorben, der als deutscher Ausgebombter nach Graz gekommen ist und von einer Familie aufgenommen wurde, ein Leben lang darunter auch gelitten hat, es haben ihn damals nicht Städte oder Staaten aufgenommen. In der Diskussion muss einmal jeder Gewissensforschung betreiben und jeder einmal darüber nachdenken, ob er nicht als Familie wirklich jemanden aufnehmen will. Ich möchte heute von hier aus auch als Bürgermeister einer Menschenrechtsstadt einmal alle Menschen in Graz auffordern, mir zu schreiben, wer ernsthaft bereit ist, jemanden aufzunehmen. Und was mich auch noch ein bisschen traurig stimmt, ich hätte das gerne, weil damit kann man auch arbeiten, weil diese Menschen brauchen dann nicht eine Institution, die kommen traumatisiert her, wenn sie wirklich ohne Eltern sind, kann heißen, dass sie keine Eltern mehr haben oder dass die irgendwo noch auf der Welt sind, da braucht es extrem viel Integrationsbemühungen. Ich möchte vielleicht zu ein paar Zahlen kommen, weil es auch immer so lautet jetzt von anderen europäischen Staaten:

„Ja um Gottes Willen, Österreich tut da nicht mit“. Österreich ist EU-weit bei der Schutzgewährung an dritter Stelle. Seit 2015, also in den letzten 5 Jahren, hat es in Österreich 200.000 Asylanträge gegeben, 119.000 Schutzgewährungen wurden erteilt, davon 80.000 Frauen und Kinder, die wir aufgenommen haben. Herr Stadtrat Hohensinner hat ein Thema angeschnitten, das mir auch wichtig ist: Wie schaut die Verteilung in der Europäischen Union aus? Im Moment sind wir bitte dabei, dass 14 Staaten dieselbe Meinung wie Griechenland und Österreich haben, nur 11 Staaten haben bisher gesagt, sie nehmen ein paar Kinder auf, damit ist das Problem weltweit und auch in Europa in keinster Weise erledigt und ich möchte auch heute hier deutlich etwas sagen: Die Menschenrechtsstadt Graz, und dafür verbürge ich mich, hat immer, und besonders in 2015, seine Pflichten mehr als erledigt, und sollte es zu einer Verteilung in Europa kommen, sollte es zur Verteilung von Kindern wieder nach Österreich auch kommen, wird die Stadt Graz ihren Anteil an Kindern sicherlich auch wieder aufnehmen. Aber so zu tun, als wären da Unmenschen irgendwo in der Republik Österreich, so zu tun, als ob die eine oder andere politische Fraktion, die eine andere Meinung hat, weder christlich noch sozial ist, lasse ich eigentlich so weder auf mir, noch auf meiner Partei sitzen (*Appl.*).

Von Jänner bis August 2020 wurden 7.800 Schutzgewährungen erteilt, davon wurden 3.700 an Kinder unter 18 Jahren erteilt, das heißt entweder Asylstatus, subsidiärer Schutz, humanitärer Aufenthalt. In der Pro-Kopf-Belastung, die ist für mich wichtig, in der Pro-Kopf-Belastung ist Österreich bei Asylanträgen bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen an der Stelle 2 in der Europäischen Union, Deutschland auf Platz 8, Frankreich auf Platz 22. Wenn die dann sagen, die nehmen großzügigerweise 50 Kinder auf, muss ich ganz ehrlich sagen, haben wir ordentlichen Diskussionsbedarf auch innerhalb der Europäischen Union. Wir haben alleine heuer schon bei uns 700 unbegleitete Minderjährige in die Grundversorgung aufgenommen, also dieses Österreich oder gar Graz darzustellen, dass wir nicht, und zwar an der Spitze Europas und damit an der Spitze der Welt, uns um Kinder, Frauen und Menschen kümmern, denen es

schlecht geht, das lasse ich gar nicht zu. Das wäre ein Schlechtreden von dem, was wir leisten und was wir tun, aber noch einmal, um gerade Kinder unbegleitet aufzunehmen, wird es mehr brauchen als NGOs und Institutionen, da wird es wieder Menschen brauchen, die bereit sind, das zu tun und ich kann heute nur sagen, dass auch das, was Österreich jetzt getan hat, nämlich zu schauen, dass diese Lager in Griechenland einmal auf einen Standard kommen, die den Namen Flüchtlingslager in Europa überhaupt einmal verdienen, ist das eine. Dass es herzerreißend ist, Kinder, Familien in diesem Elend zu sehen, noch dazu jetzt nur auf der Straße, die ersten 1.000 sind ja, soweit ich weiß, gestern schon in die neu errichteten, auch von Österreich zu 10 % mitgetragenen, finanziell und auch von der Ausstattung her, Lager zurückgegangen und dann werden die Asylverfahren wahrscheinlich wieder weitergehen. Mehr möchte ich heute dazu nicht sagen, aber mir ist es wichtig, dass wir da einmal differenzierter herangehen und uns nicht gegenseitig Schuldzuweisungen machen, wo gerade dieses Land und die Menschen dieses Landes schon einen enormen Betrag leisten (*Appl.*).

GR Ehmann:

Geschätzter Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen im Gemeinderat, meine Zuseherinnen und Zuseher, liebe AntragstellerInnen. Dass der Ausspruch von Außenminister Schallenberg: „Geschrei nach Verteilung ist nicht die Lösung“ an Zynismus noch zu überbieten ist, dachte ich mir nicht, bis heute. Denn, lieber Armin, das muss ich dir wirklich an dieser Stelle sagen, das war heute kein Höhepunkt, das war ein Tiefpunkt, und ich muss dir das wirklich sagen, weil im Gemeinderat hat man auch, was die Sprache betrifft, nicht nur die Haltung und dass es unterschiedliche Anschauungen gibt, ja, gar keine Frage, das ist eine demokratisches Prinzip, zu dem stehen wir auch, aber man auch verbal und in Haltungsfragen eine Verantwortung und die wurde heute hier, meiner Meinung nach, vor allem in deiner Rede zum Thema Tränendrüsen und Kulleraugen, also das war wirklich an

„Hardcore“, wenn ich das so bezeichnen darf, nicht mehr zu überbieten, also da hoffe ich, dass du dich tatsächlich versprochen hast (*Appl.*).

Es werden immer Zahlen genannt und es werden auch die Jahre strapaziert, 2015 wird da oft im Zusammenhang damit gebracht. Wenn wir jetzt tatsächlich hergehen würden und Kindern einen menschenwürdigen Aufenthalt bieten, um sie nicht in Staub und Asche liegen zu lassen mit ihren Eltern, auch oftmals ohne Essen, ohne ausreichendes Wasser, wir haben das alles schon gehört, dann kommt in die Diskussion oder wird in die Diskussion immer eingebracht: „Naja, aber dann passiert das Gleiche wie 2015, dann werden noch mehr Menschen angelockt, die sich auf die Flucht begeben, etc.“ Der Bürgermeister hat schon gesagt, auch der Integrationsstadtrat Kurt Hohensinner hat es gesagt, wie viele Menschen nun auf der Flucht sind weltweit, über 70 Mio., deutlich über 70 Mio. Ich möchte in paar Zahlen dazu aus dem Jahr 2015 bringen. Da waren damals weltweit rund 65 Mio. Menschen auf der Flucht; übrigens, auch so, wie der Bürgermeister angeführt hat, über 51 % der der Flüchtlinge waren auch schon damals jünger als 18, das ist alles übrigens dem UNHCR-Bericht zu entnehmen und nicht im Parteiprogramm der Sozialistischen Jugend oder wo auch immer. Über 51 % der Flüchtlinge sind jünger als 18 Jahre. Europa wollte damals rund, oder ging es damals um die Aufnahme von rund 1 Mio. Flüchtlingen. In Österreich gab es 2015 rund 90.000 Asylanträge, 90.000 Asylanträge bei 8,9 Mio. EinwohnerInnen, nur um die Verhältnismäßigkeit der Zahlen auch in der Debatte etwas, oder zumindest ein Versuch, das auch etwas zu versachlichen und nicht nur die emotionale Debatte zu führen. Wir haben auch heute, 2020, Asylanträge in Österreich, nämlich laut BMI 6.564, das ist die aktuelle Zahl, die wir nun in Österreich momentan haben, und davon zu sprechen, dass es unmöglich wäre, 100 Kinder oder 50 oder 17, was da auch immer an Zahlen genannt wird, ich will das gar nicht bewerten, sondern es geht um Menschen, es geht um Schicksale. Es geht letztendlich darum, einigen wenigen eine Perspektive bieten zu können, weil vielen, ist offensichtlich nicht möglich, eine Perspektive zu geben. Da ist aber auch, das sage ich deutlich an dieser Stelle, für mich auch die Solidarität oder in dem Fall die fehlende Solidarität in der Europäischen Union ein

Thema, weil das ist eigentlich unmöglich. Man versteht sie offensichtlich wirklich wieder als Wirtschafts-Union und nicht als solidarische Gemeinschaft, die für Frieden eintritt, ja, in den Reden, aber wenn es dann um die Sache geht, dann vermisse ich das immer ein Stück weit und vor allem auch hier in der Sozialpolitik. Und apropos Sozialpolitik, da wird auch immer wieder erklärt: Ja, unsere Systeme kommen an die Leistungsgrenzen, wir können uns das bald nicht mehr leisten, über 61 % sind in der BMS Drittstaatsangehörige bzw. Menschen mit Migrationshintergrund. Ja, ist richtig, aber dann muss man auch die ganzen Zahlen dazusagen: die ganzen Zahlen sind nämlich in Graz 9.000, rund 9.000 BMS-BezieherInnen gibt es in Graz, rund 600 – 700, die die Sozialhilfe in Anspruch nehmen und dann der Rest, auf 10.000, auf rund 10.000, sind die dann noch die Hilfen in besonderen Lebenslagen, das heißt, wir haben 10.000 Menschen, eh viel zu viele, das ist eh gar keine Frage, die sich in einer Notlage befinden oder kein einfaches Leben führen, wo wir sie unterstützen und versuchen, Sprungbrett zu sein letztendlich, aber 10.000 zu 290.000 EinwohnerInnen, das halte ich für keine Unmöglichkeit im Sozialsystem, das halte ich nicht für unfinanzierbar, dass das System das nicht mehr aushalten möge und würde. Diese Verhältnismäßigkeit der Zahl muss man sich dabei auch vor Augen führen, und daher glaube ich, dass es schon möglich ist, hier einigen, zumindest einigen, ein menschenwürdiges Leben anbieten zu können und da ist auch schon der Bereich Integration gefallen. Ja, da möchte ich es auch mit einer Landesrätin aus Kärnten, mit der Sara Schaar, Integrationslandesrätin in Kärnten, halten, die gesagt hat: „Ja, für Integration braucht es Regeln, für Menschlichkeit bracht es Haltung“, und liebe Freundinnen und Freunde der Grünen Fraktion, jetzt seid ihr auch in den Koalitionsmühlen angekommen, wie das da so oft ist, in der Auseinandersetzung zwischen dem, was man erreichen will und möchte und dem, was momentan möglich ist. Ich hoffe, ihr werdet hier noch erfolgreicher sein, als ihr es bisher wart, denn bis dato sehe ich hier nicht viele Möglichkeiten, tatsächlich diese menschliche Haltung einzunehmen (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (18.20 Uhr).

GR Dr. **Meister:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder der Stadtsenates, der Bürgermeister ist leider jetzt nicht hier, aber er hat eine Frage gestellt, wer bereit ist, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen und wir sprechen nicht gerne darüber, aber der Genosse Luttenberger und ich, wir haben seit mehreren Jahren afghanische Asylwerber bei uns wohnen, je einen, die Genossin Heinrichs betreut elf Patenkinder quer durch die Welt regelmäßig, also wir kümmern uns schon um diese Leute, aber wir sprechen nicht gerne darüber. Es tut mir leid, dass ich das heute irgendwie gezwungenermaßen machen muss, weil mir liegt das fern, diese Menschen politisch instrumentalisieren zu wollen. Zum Kollegen Sippel kann ich nur sagen, ich habe seit 30 Jahren meine Ordination und ich habe mit sehr vielen Flüchtlingen zu tun gehabt seit der Bosnienkrise bis heute und ich muss sagen, die meisten dieser Menschen möchten sich gerne integrieren, möchten gerne arbeiten, die meisten bemühen sich redlich, in diesem Land heimisch zu werden, und ich habe noch keinen Brandstifter unter ihnen gefunden, sehr wohl aber hatte ich einen Freigelassenen, nach 25 Jahren lebenslänglicher Haft entlassenen Mörder zu betreuen, ein sehr armer Mensch und viele andere, die kriminell geworden sind und dann herausgekommen und versucht haben, sich wieder in das Leben zu integrieren und es ist mehr oder minder gut gelungen. Also ich meine, es gibt gute Menschen, schlechte Menschen, Menschen, die Glück haben und Menschen, die Pech haben, gibt es bei allen. Wir sollten, wenn wir über Fluchtursachen reden, nicht aus dem Auge verlieren, dass dieser Fluchtursachen meistens nicht hausgemacht sind. Diese Länder, aus denen die Menschen zu uns strömen, sind vom Krieg gezeichnet, von wirtschaftlichem Niedergang gezeichnet, von Ausbeutung gezeichnet und das hat sehr wohl etwas mit uns zu tun, weil mir ist nicht bekannt, dass es in Syrien oder Afghanistan oder in Afrika eine

eigenständige Waffenproduktion gibt, es gibt aber sehr wohl in Österreich eine Waffenproduktion. Österreich spielt sicher nicht die Hauptrolle als Rüstungsproduzent für diese Länder, aber die Länder der Europäischen Union schon, deshalb, wenn man über Fluchtursachen spricht, wäre eine ganz wesentliche Aufgabe der Europäischen Union, die Waffenlieferungen in diese Länder zu unterbinden und die Rüstungsindustrie zu knebeln (*Appl.*).

Das andere ist, wie kann es sein, dass die Menschen dort unten, die manchmal aus sehr reichen Ländern kommen und für unsere Handys und unsere digitalen Werkzeuge das Coltan ausgraben in Afrika oder seltene Erden schürfen, oder wo in Afghanistan unter anderem auch der Kampf darum geht, wer die Herrschaft über die Rohstoffvorkommen, die dort prospektiert worden sind, bekommt. Wie kommen diese Menschen dazu, dass sie dort für Hungerlöhne arbeiten und wir dann billigste digitale Geräte erwerben können? Da gibt es viele verschiedene Beispiele wie auch die Textilindustrie in Bangladesch und so weiter. Es hat sehr wohl mit uns zu tun, was dort unten passiert und wir profitieren von dem Elend dieser Leute, deshalb haben wir auch eine gewisse Verantwortung diesen gegenüber, wenn sie die Flucht ergreifen. Das Dritte ist der Klimawandel, Wir wissen sehr wohl aus amerikanischen Studien, dass der Bürgerkrieg in Syrien auch bedingt war durch eine mehr als 5-jährige ungewöhnliche Dürreperiode, das hat mit der Erderwärmung zu tun, für die diese Länder aber in keinem Fall die Hauptverantwortung tragen. Sondern die Länder des Nordens tragen die Verantwortung, also wenn man sich das jetzt rein von der nichtmenschlichen humanistischen Ebene ansieht, dann gibt es eine Verantwortung, die die Europäische Union, natürlich nicht nur sie, und die Industrieländer diesen Ländern gegenüber hat. Jetzt wenn der Herr Bürgermeister sagt, Österreich hat sehr viele aufgenommen, sehr viele Menschen aufgenommen in diesem Land, mehr als andere europäische Länder; das mag schon stimmen, aber Österreich befindet sich seit Jahrzehnten im Ranking der geleisteten Entwicklungshilfe unter den letzten 10 OECD-Staaten und Fluchtursachen verhindern, hieße rechtzeitig, bevor es zu katastrophalen Entwicklungen kommt, Länder und Menschen in diesen Regionen

zu unterstützen, sodass sie ein eigenes Auskommen in ihren Ländern finden können (*Appl.*).

Ich finde es auch seltsam, wenn im Zusammenhang mit dem brennenden Lager in Moria erwähnt wird, dass man sich über die Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung in Österreich ärgert, die das Partyleben der Jugend einschränken. Ich meine, wenn man sich schon durch Alkohol ins Jenseits bringen möchte, dann macht man das weitgehend freiwillig, sofern man noch nicht abhängig ist. Aber wenn man verhungert oder verbrennt, ist das eher unfreiwillig. Aus diesem Grund würden wir uns sehr freuen, wenn die Anregung, die die Christine Braunersreuther schon im Frühling gemacht hat, dass Graz ein sicherer Hafen für Notleidende wird, wie es die NGO Brücke gefordert hat ...

*Zwischenruf Bgm. Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Bitte zum Ende kommen, Sie sind weit drüber.*

GR Dr. Meister:

... dann wäre das in unserem Sinne. Weil es ist angemessen, dass reiche Länder wie Österreich, und es sind auch, glaube ich, viele Österreicher und Österreicherinnen bereit, dafür einen Betrag zu leisten. Dankesehr (*Appl.*).

GRⁱⁿ Gmeinbauer:

Sehr geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer oder Zuseher via Livestream. Die Debatte ist wichtig, wurde auch schon sehr umfangreich erläutert und beleuchtet und mein Vorredner, der Herr Doktor, hat den Boden sehr sehr weit gespannt und wie man merkt, könnten wir natürlich stundenlang das Wo ausloten bzw. diskutieren, aber ich möchte dennoch zurückführen auf den Auslöser. Es ist uns allen bekannt, dass Flüchtlingslager nicht von Haus aus entstehen, sondern, dass es ein „Davor“ gibt, warum Menschen

flüchten müssen, wo immer sie dann auch landen, in welchem Land. Das was jetzt passiert ist und warum wir dieser Debatte führen ist, weil einige Asylbewerber einen negativen Bescheid bekommen haben und in ihrer Emotionalität eigentlich Menschenleben, nämlich das Leben von Frauen, Kindern und Männern, mit dem Anzünden in dem Flüchtlingslager gefährdet haben und dadurch vielleicht erreichen wollten, und wie wir merken, sind einige Länder auch darauf aufgesprungen, dass wir jetzt sofort Abhilfe schaffen müssen. Ich denke nicht, dass man dieser Gewaltbereitschaft, die es dort gibt, will ich jetzt nicht sagen, dass es auch in anderen Flüchtlingslagern der Fall ist, aber sollte das jetzt ein Beispiel sein, dass vielleicht von anderen Flüchtlingslagern nachgemacht wird, kann ich nur sagen, kann das nicht das Ticket sein, dass man sofort in ein anderes Land weitergeführt wird und aufgenommen wird. Es muss dennoch allen regierenden Staaten, die Asylgesetze erstellt haben und wie auch immer die überall ausschauen mögen oder umgesetzt werden, die Möglichkeiten gegeben werden, dass man schaut, ob derjenige, der geflüchtet ist, wirklich den Halt in diesem Land braucht und dahingehend hat auch die Stadt Graz dieses Soll erreicht, insofern, und da möchte ich schon darauf hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir hier im Gemeinderat sehr wohl fast zu jeder Gemeinderatssitzung die Menschenrechte in dieser Stadt mit entsprechenden Stücken unterstützen und uns auch weiterentwickeln, auch so wie heute erst kürzlich wieder einige Stücke dahingehend beschlossen worden sind und gleichzeitig möchte ich aber auch in Erinnerung rufen, dass wir hier Debatten haben, weil mancher Fraktion die Integrationspolitik dieser Stadt nicht passt. Und da möchte ich schon darauf hinweisen, wir wissen, dass wir im Bildungssystem in dieser Stadt, über 50 % der Schüler haben hier keine deutsche Muttersprache und dass wir bemüht sind, dass wir nicht nur den Kindern die deutsche Sprache näher bringen, damit sie dem Schulunterricht folgen können, sondern es uns auch ein Anliegen ist, dass wir deren Eltern, ob das jetzt die Mama oder der Papa ist, die deutsche Sprache niederschwellig mit einem Angebot der Stadt Graz, so wie heute beschlossen mit dem Stück LeO, auch anbieten wollen und können. Wir wissen auch, und da

kommt auch von euch der Vorwurf dieser Ghettoisierung, dass wir in der Wohnraumbeschaffung keine Durchmischung, wie ihr sie euch manchmal vorstellt, zusammenbringen, wir wissen aber auch, dass wir am Arbeitsmarkt dahingehend Angebote schaffen müssen, dass diese Integration für die Damen und Herren besser umsetzbar ist bzw. angenommen wird und wir wissen aber auch, dass wir Perspektiven schaffen müssen für diese Menschen, die wir hier integrieren wollen und dass wir gleichzeitig aber den Rückhalt der Grazerinnen und Grazer brauchen, damit wir gemeinsam dies schaffen können. Von daher darf ich für meine Fraktion einen Abänderungsantrag einbringen und darf in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und weil sich die Wörter ja immer wiederholen, auf die Vorlesung dieses Antragstextes verzichten und würde mich freuen, auch wenn dieser Abänderungsantrag keine breite Zustimmung findet, dass wir dennoch nicht außer Acht und außer Augen verlieren, dass unsere Integrationspolitik in Graz weiterhin eine positive gemeinsame Unterstützung und Fortführung braucht und dass wir uns bitte auf dieses weiterhin fokussieren sollten. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die Situation im griechischen Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Flüchtlingsthema und die damit im Zusammenhang stehenden Herausforderungen. Die österreichische Bundesregierung setzt auf Hilfe vor Ort! Bereits gestern Mittwoch wurden von Innenminister Karl Nehammer 55 Tonnen Hilfsgüter nach Griechenland geflogen, d.h. 400 vollausgestattete Unterkünfte inklusive Decken, Betten und Hygienepaketen für 2.000 Menschen nach Griechenland transportiert und außerdem wurden ein Arzt und zehn Sanitäter vom Bundesherr entsandt. Angesichts der humanitären Krisen, welche auch durch die Corona-Pandemie verstärkt werden, wird der Auslandskatastrophenfonds von 25 auf 50 Millionen Euro verdoppelt und bis zum Ende der Legislaturperiode sogar noch auf 60 Millionen Euro erhöht.

Die Stadt Graz hat sich in den vergangenen Jahren nicht zuletzt wegen ihrer Rolle als Stadt der Menschenrechte mit viel Einsatz der Versorgung von Flüchtlingen gewidmet. Das Jahresbudget des Integrationsreferates hat sich von 772.000 Euro im Jahr 2012 auf heute 1.493.000 Euro nahezu verdoppelt. Damit nicht genug, denn Integration als Querschnittsthema schlägt in Graz mit vielen Initiativen, die integrationsförderlich wirken, auch in anderen Fachbereichen zu Buche und ist daher in seiner Gesamtheit schwierig zu erfassen. Jedenfalls gehen die Aufwendungen deutlich über das alleinige Budget des Integrationsreferates hinaus. Die Stadt Graz ist in den vergangenen Monaten jedoch auch hinsichtlich Bildungsangebot und sozialer Versorgung bereits an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen. 60 Prozent der MindestsicherungsbezieherInnen in Graz sind keine österreichischen StaatsbürgerInnen, die Hälfte der Kinder in Grazer Pflichtschulen haben nicht Deutsch als Muttersprache.

Um Graz hier zu entlasten, ist innerösterreichisch bzw. in der Steiermark eine bessere Koordination und Verteilung von Flüchtlingen dringend anzustreben.

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich folgenden

Antrag:

- 1. Die zuständigen Stellen des Hauses Graz mögen prüfen, wie sich die Stadt Graz vor Ort an einem Projekt für Kinder beteiligen und so Hilfestellung bieten kann – etwa nach dem Vorbild eines bereits bestehenden S.O.S.-Kinderdorfes in Syrien.*
- 2. Zudem werden die Bundes- bzw. Stmk. Landesregierung am Petitionswege aufgefordert, eine Residenzpflicht für Asylberechtigte im Rahmen der Mindestsicherung zu prüfen, damit künftig die Verteilung der Asylberechtigten auf das gesamte Bundes- bzw. Landesgebiet besser gelingt*

und urbane Räume nicht die Hauptlast der Migrationsströme tragen müssen.

GR Mag. **Haßler:**

Sehr geehrte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer zuhause vor den Bildschirmen. Eigentlich wollte ich mich jetzt nicht mehr zu Wort melden, aber nach dem Antrag, den die Daniela Gmeinbauer jetzt eingebracht hat und den Worten des Bürgermeisters davor, das hat mich doch bewogen, jetzt noch eine Wortmeldung abzugeben. Am Anfang war ich ein bisschen erschrocken, wie wir den Armin gehört haben, weil ich glaube, dass es wirklich nicht unseres Gemeinderates würdig ist, wie du das Ganze hier dargestellt hast, und ich habe mir jetzt von euch nichts anderes erwartet, weil bei euch eigentlich nur Schwarz-weiß existiert und keine Schattierungen dazwischen Platz haben. Ich darf aber dem Kollegen Meister sehr, sehr herzlich danken, weil ich glaube, er hat das sehr gut auf den Punkt gebracht und viele Punkte angesprochen, die auch dazu geführt haben, dass wir eben, ja, ich sage, fast weltweit, mit diesen Problemen konfrontiert sind. Die Dani hat es wieder eingebracht mit dem Punkt 1, Hilfe vor Ort. Hilfe vor Ort, davon reden wir seit Jahren, seit Jahrzehnten, und in Wahrheit haben wir, muss man ehrlich sein, haben wir fast nichts weitergebracht, weil wenn wir etwas weitergebracht hätten, dann würde es solche Zustände, die es jetzt in der EU in den Lagern gibt, da dürfte es die nicht geben, wir schaffen es nicht einmal, innerhalb der EU eine Hilfe zu leisten, wie sollen wir dann glaubwürdig, über die EU hinaus, in den Ländern vor Ort diese Hilfe anbieten können? Der Bürgermeister hat angesprochen etwas, was ich vom Bundeskanzler und auch von ihm erwartet habe, ich habe es vorher schon für mich so formuliert gehabt, ich würde mir erwarten, dass man zumindest von Seiten des Bundeskanzlers und auch von Seiten eines Bürgermeisters einer Menschenrechtsstadt einmal einen Aufruf startet. Wer ist wirklich bereit, selbst etwas zu tun und zu leisten, und wir haben gesehen, und ich habe es eh schon

vorher gewusst, zumindest vom Kollegen Luttenberger, selbst bei uns im Gemeinderat, bei 48 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten haben wir Beispiele, die nicht nur über Hilfe reden, sondern die es vorleben, und warum habe ich mich jetzt gemeldet? Ich hätte mir eigentlich erwartet, dass die ÖVP jetzt einen Antrag einbringt, der genau das zum Inhalt hat, der sagt: „Ja, Graz ist bereit, Menschen aufzunehmen, wenn wir Menschen finden, die auch bereit sind, diese Integration zu unterstützen und Menschen bei sich zuhause aufzunehmen. Seien es jetzt Familien, die das machen wollen, seien es Einzelpersonen, seien es auch Pfarren, die in ihren Pfarrhöfen und Pfarrverbänden die Möglichkeiten nutzen wollen und da Hilfe anbieten wollen und österreichweit würde ich mir vom Bundeskanzler auch das erwarten, aber der Bürgermeister hat es zwar ausgesprochen, aber für mich bleibt es dann ein Lippenbekenntnis, angesichts des Abänderungsantrages, den die ÖVP jetzt einbringt, weil es für mich dann nicht stimmig ist. Und dass es wirklich nur, ja, ich muss sagen, einfach so dahingesagt ist für mich eigentlich, und wenn ich ein anderes Beispiel hernehme, wo die ÖVP schon längst zeigen hätte können, dass sie es mit der Integration ernst nimmt, dann nehme ich das Beispiel der bestens integrierten Lehrling, das immer wieder aufpoppt oder von bestens integrierten Familien, wo ganze Gemeinden aufstehen und sagen, es kann nicht sein, dass wir die jetzt zurückschicken, obwohl die genau das erfüllen, was wir uns immer wünschen, obwohl die Vorbilder sind, was Integration betrifft, und passieren tut dort genau nichts, sondern die werden dann zurückgeschickt, also wenn man das ernst nehmen würde, dann würde man auch Menschlichkeit zulassen (*Appl.*).

Und immer nur sich hinter einer Hilfe vor Ort zu verstecken ist zu wenig. Ja, ich bin auch der Meinung, mittel- und langfristig muss es uns gelingen, vor Ort die Probleme gut zu lösen, damit es sowas überhaupt nicht gibt, aber es ist zu wenig, momentan müssen wir auch kurzfristig helfen und dazu sind wir jetzt aufgerufen (*Appl.*).

GR Mag. **Kuhn**:

Ich mache es wirklich nur sehr kurz, wenn der Bürgermeister sagt, Griechenland hat das zu bewältigen; für was haben wir eine Europäische Union? Für was haben wir eine Gemeinschaft? Dass wir uns darauf einigen können und sollen und müssen und Österreich nimmt sich auch immer nobel heraus. Was macht Sebastian Kurz, der dann sagt, man nimmt keine Flüchtlinge, man will nicht helfen. Wir sind Teil der Europäischen Union und wir müssen uns da einbringen, die Bundesregierung muss sich da einbringen und nur noch einmal: der Staat hat auch die Aufgabe, wenn es zu einer Krise kommt, zu einer Hilfe, für was haben wir dann eine Struktur, wenn es irgendwo ein Problem gibt, dass der Staat helfend eingreift? Natürlich auch die Privathilfe, das ist auch wichtig und gut, das ist ganz ganz klar, nur es braucht, dafür haben wir dieses Konstrukt, also die Institution vom Staat. Und ich möchte nur noch einmal unterstreichen, es geht um 100 Jugendliche oder Kinder, um 100 Kinder, ja, und da wird dann debattiert über Integration, über Wohnbau, es geht in der Hilfe um 100 Kinder und ich denke mir, wenn irgendwo Hochwasser ist oder wenn es brennt, wird es mir angst und bange wenn dann der Gemeinderat zusammentreten würde und überlegen würden, wie kann man Menschen helfen, die in Not sind? Und um das geht es, 100 Menschen sind das. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Wutte**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Vizebürgermeister, liebe Gäste im Livestream, die diese ganze lange Debatte mitverfolgt haben. Leider ist es wenig überraschend, was jetzt am Ende dieser Debatte steht. Ich möchte trotzdem auf einiges eingehen, was gesagt wurde. Zum Kollegen Sippel muss ich mich eigentlich nicht weiter äußern, es ist schon vieles gesagt worden, du machst viele problematische Wortmeldungen in dem Gemeinderat, so möchte ich es einmal nennen, aber die heutige Wortmeldung war einfach jenseitig, aber jenseitig auf

eine Art, dass ich dich wirklich als Mensch anschau und dir sagen möchte, du solltest dich schämen, schämen für diese hetzerischen Worte ... (*Appl.*)

... und schämen für diese ganzen Falschaussagen, die du verbreitest, ich lehne das wirklich zutiefst ab und möchte dich bitten, das in Zukunft anders zu machen. Zum Bürgermeister Nagl, er hat über die zehn weltweit größten Flüchtlingscamps in verschiedenen Ländern geredet, aber wir können das nicht gleichsetzen, es handelt sich hier um eine humanitäre Katastrophe, die innerhalb der Europäischen Union passiert und wir als Mitglied der Europäischen Union müssen jedoch andere Maßstäbe ansetzen und sagen, wer, wenn nicht die Europäischen Union, tritt auf ihrem eigenen Boden vehement für Menschenrechte ein? Wer, wenn nicht wir, soll das machen? Und danke, Hans Peter Meister, du hast das super ausgeführt, es reicht nicht zu sagen, ja wir finden das furchtbar, wenn in anderen Ländern Krieg passiert und all diese furchtbaren, kriegstreibenden Parteien, was hat das alles mit uns zu tun? Es hat wahnsinnig viel mit uns zu tun, es hängt mit unserem Lebensstil zusammen, mit den Gütern, die wir tagtäglich konsumieren und es hängt mit der Klimakrise zusammen, gerade die industrialisierten Länder, die tagtäglich mitverursachen. Diese ganzen Fluchtbewegungen hängen mit uns zusammen und sie sind unsere Verantwortung, und deswegen können wir nicht einfach wegsehen bei all den Menschen, die jetzt auf der Flucht sind. Der Herr Bürgermeister hat auch gesagt, wir brauchen einen Diskurs, wir müssen Argumenten zuhören, wir dürfen das nicht zu emotional führen diese Debatte, und dazu kann ich echt nur sagen, es ist dafür zu spät, wir reden seit Jahren über dieses Thema, und jetzt ist die Katastrophe eingetreten, vor der alle gewarnt haben, und jetzt brauchen wir eigentlich nicht mehr diskutieren und verschiedene Argumente hören. Weil wenn eine Katastrophe eintritt, muss man helfen; wie es der Gerald gesagt hat, wenn ein Haus in dieser Stadt brennen würde, würden wir den Menschen dort zur Hilfe eilen und nicht erst einmal alle möglichen Maßnahmen diskutieren, sondern wir müssen unmittelbar Hilfe leisten. Die Situation auf Lesbos ist da gleich, sie ist nur nicht unmittelbar vor unseren Augen, es ist eine Situation, wo man einfach gefordert ist, unmittelbar Hilfe zu leisten und ich bin erleichtert, dass das immer mehr

Menschen, Entscheidungsträger bemerken und anerkennen, parteiübergreifend, und ich hoffe und warte auf dieses Umdenken auch in Graz. Es wurde auch gesagt, dass man nach Menschen sucht in Graz, die bereit wären, Flüchtlinge aufzunehmen. Es haben uns bereits viele Menschen geschrieben, dass sie sofort Flüchtlinge aufnehmen würden, es scheitert überhaupt nicht an der Hilfsbereitschaft der Menschen hier in Graz, es gibt wirklich unzählige und es gibt Menschen, die seit Jahren ehrenamtlich Flüchtlingsintegration unterstützen. Es scheitert hier in Graz wirklich nur an der Politik von Schwarz-Blau, das möchte ich an der Stelle festhalten (*Appl.*).

Abschließend möchte ich um getrennte Abstimmung bezüglich des Abänderers der ÖVP bitten, weil wir schon der Meinung sind, dass Hilfe vor Ort etwas Wichtiges ist, aber in der jetzigen Situation absolut nicht ausreichend. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, diese Diskussion hat gezeigt, wir führen diese Debatte sehr emotional, aber wir führen sie auch zynisch und Teile von uns führen sie menschenverachtend. Herr Armin Sippel, Sie haben sich heute selbst disqualifiziert, für die Menschenrechtsstadt und für diesen Gemeinderat, weil Sie haben offen zugegeben, dass Ihnen das Leid oder die Kinder selbst, wurscht sind. Sie haben hier heute zugegeben, dass man mit diesen Kulleraugen und mit diesem Drücken auf die Tränendrüse sicher auch kein Mitleid bei Ihnen erweckt. Ich bin ganz ehrlich, bei mir erzeugt das was, ich führe diese Diskussion emotional, weil für mich ist es emotional, wenn Menschen leiden, für mich ist es emotional, wenn Kinder in Europa sterben, ich kann diese Emotionen nicht abschalten und ich will sie auch nicht abschalten, und eigentlich habe ich gedacht, dass es gewisse menschliche Fragen gibt, auch in der Politik, die nicht teilbar sind, die nicht kontrovers sind, und habe gedacht: wirklich? Vor allem hier sitzen auch sehr viele Mamas und Papas, hier sitzen auch sehr viele Omas und Opas, und ich habe wirklich gedacht, wenn es um Kinder geht, dass diese Frage dann eine andere

ist, wenn Kinder Schutz brauchen, dass die Frage dann eine andere ist. Ich habe, viele andere in diesem Raum auch, seit 2015 sehr viele Menschen betreut und ich habe immer wieder das Gefühl, dass es über 2015 zwei verschiedene Erzählungen gibt. In der Politik höre ich immer „die Katastrophe von 2015“, „2015 war so schlimm“. In der Bevölkerung, und vor allem bei sehr vielen Leuten aus verschiedensten politischen Lagen, die dort geholfen haben, an der Grenze, an den Bahnhöfen, höre ich nicht, dass das eine Katastrophe war. Die einzige Katastrophe war, dass es die Menschen waren, die helfen mussten, dass die Menschen es waren, die improvisieren mussten, weil die Regierung damals versagt hat (*Appl.*). Und es waren auch die Menschen, die danach Jahre lang geholfen haben, die Deutschkurse organisiert haben, die Leute bei sich zuhause aufgenommen haben, und es wäre auch jetzt wieder so, es wäre auch jetzt wieder so, dass die Hilfsbereitschaft der Grazerinnen und Grazer, die Hilfsbereitschaft der Menschen in Europa groß genug wäre, um alle Menschen aus Moria aufzunehmen und auch um sehr viele Menschen bei uns aufzunehmen. Ich glaube nicht, dass es an den Menschen und an der Hilfsbereitschaft scheitert, es scheitert nur am politischen Willen, und wenn hier gesagt wird: Hilfe vor Ort. Ich finde auch wirklich, der Antrag von der ÖVP, dieser Abänderer, war auch zynisch, weil auch wenn hier von Hilfe vor Ort gesprochen wird, wird dann gesagt, die Stadt solle sich an einem Projekt beteiligen, wie z.B. das SOS-Kinderdorf in Syrien. Ich glaube, es ist wichtig zu erinnern, dass Syrien ein Kriegsland ist, ein aktives Kriegsland, und dass genauso wie das in Asche liegende Moria auch Syrien in Asche liegt. Dort ist keine Kinderunterbringung möglich, da kann man keine Leute zurückschicken. Da kann man keine Menschen zurückschicken, wir können Leute nicht dorthin zurückschicken von dort, wo sie fliehen, das ist einfach nicht mit den Menschenrechten und mit unserem Gesetz vereinbar. Und wenn ich Hilfe vor Ort höre, dann, entschuldigen Sie den Ausdruck, aber dann muss ich leider speiben, weil viele ÖVP-Politiker oder viele Politiker sagen seit Jahren „Hilfe vor Ort, Hilfe vor Ort, Hilfe vor Ort“. Wir haben unsere Entwicklungshilfegelder gekürzt und wir kürzen sie seit 2015, und dass wir sie kürzen, hat überhaupt dazu geführt, dass

Menschen zu uns kommen, weil das Überleben in diesen Lagern nicht mehr möglich war (*Appl.*).

Und echte Hilfe vor Ort, so wie es Herr Meister schon gesagt hatte, wäre wirklich in einer Europäischen Union faire wirtschaftliche Hilfe zu leisten, es wäre in einer Klimakatastrophe wichtig, dass auch der globale Norden diese Klimakatastrophe wirklich verhindert, damit diese keine Flucht mit sich bringt und es wäre auch endlich Zeit, jeder Waffenlieferung in so ein Gebiet von der Europäischen Union und auch von Österreich zu unterbinden, weil wer Waffen liefert, kann sich dann nicht über die flüchtenden Menschen, die vor diesen Waffen flüchten, aufregen. und Österreich hat sehr viel geholfen, das stimmt, aber wenn Österreich seit 2015 viele Menschen aufgenommen hat, dann sind auch Koalitionen seit 2015 so oder so gewesen; die einzige Konstante, die es seit 2015 gibt, ist Sebastian Kurz und die Politik, die Sebastian Kurz macht, und die Politik des Sebastian Kurz ist sehr angelehnt an dem, was die FPÖ seit Jahren sagt, und ist sehr angelehnt an dem, dass man sagt, keine Menschen aufnehmen, die Balkanroute schließen und es wird nicht ohne schreckliche Bilder gehen. Jetzt haben wir diese schrecklichen Bilder und jetzt sagen wir, wir schicken Zelte und wir bauen ein neues Lager auf. Das hat nur den Faktor, dass die Katastrophe, die es in Moria gibt, die Katastrophe, die es in vielen Lagern gibt, sich wiederholen wird und dann werden wir am gleichen Punkt wieder stehen und wir werden über die gleichen Kinder wieder diskutieren. Und möchte noch einmal sagen, wir diskutieren hier nicht über Integration, wie diskutieren hier nicht über, wer lernt wo die Sprache, wer wohnt wo in Graz, wer hat Migrationshintergrund oder nicht, ...

*Zwischenruf Bgm. Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Bitte zum Ende kommen.*

GRⁱⁿ **Robosch:**

... wir diskutieren eigentlich darüber, dass Menschen gerade leiden, dass Menschen gerade sterben und dass wir dabei zuschauen(Appl.).

GRⁱⁿ **Potzinger:**

Sehr geschätzte Herr Vizebürgermeister, Herr Stadtrat, KollegInnen und Kollegen. Ich melde mich aufgrund einer Aussage von Kollegin Robosch zu einer tatsächlichen Berichtigung. Ich habe mich umfassend informiert über das SOS-Kinder in Damaskus in Syrien, wo 175 Kinder in einem friedlichen Teil dieser Stadt bestmöglich betreut werden. Liebe Kollegin, ich gebe dir Recht, Syrien ist nach wie vor in vielen Teilen Kriegsgebiet, deshalb mussten auch die Kinder aus dem SOS-Kinderdorf in Aleppo nach Damaskus verlegt werden, dort werden sie in Sicherheit liebevoll betreut. Das zur Berichtigung deiner Aussage, in Syrien sei SOS-Kinderdorf-Arbeit nicht möglich (Appl.).

Der Abänderungsantrag (Punkt 1.) wurde (mit 25:22 Stimmen) abgelehnt (gegen ÖVP, Grüne).

Der Abänderungsantrag (Punkt 2.) wurde (mit 25:22 Stimmen) abgelehnt (gegen ÖVP, Grüne).

Der Dringlichkeitsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag der Neos wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos) abgelehnt.

9.8 Novellierung der Initiative „Unser Wirt ums Eck“ / Gastrogutschein als Vergütung zur Unterstützung des Grazer Handels und der Grazer KMU (GR Michael Ehmann, SPÖ)

GR Ehmann:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, Herr Stadtrat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen vor den Bildschirmen. Ja, wir haben am 9. Juli 2020 per Dringlichkeitsantrag vorgeschlagen, einen Gastrogutschein, analog dem Wiener Modell, für Graz einzuführen. Seit es damals für die Prüfung eine deutliche Mehrheit gegeben, also bis auf die ÖVP waren alle Fraktionen dafür, bis heute habe ich kein offizielles Prüfungsergebnis erhalten, weiß aber, wie die Argumentation lautet. Also de facto über die Corona-Bestimmungen der Kommunen, hier bei einer operativen Saldungsverschuldung quasi hier keine Neuinvestitionen tätigen zu können, weil es quasi kein Investbetrag ist, sondern wäre ein neues Geld aufzunehmen. Ja, dieser Argumentation kann man nähertreten, ich sage aber, dass wir hier eine besondere und ganz andere Verantwortung haben, das was uns bevorsteht nämlich jetzt nicht nur mit den neuen Regeln, sondern insgesamt mit der Situation durch die Pandemie, durch Corona bedingt, nämlich mit Ende des Jahres bzw. zu Beginn nächsten Jahres, wenn es nämlich massive Arbeitslosigkeit geben wird, die zu erwarten ist, wenn es massive Schließungswellen von Gastronomiebetrieben geben wird, und das würde ich nicht so sehr auf die leichte Schulter nehmen, denn alleine schon der Hinweis oder bzw. die Ankündigung der neuen Regeln, die ab Montag gelten sollen, dann muss ich sagen, dann wird es für kleine TschecherIn, entschuldigen Sie bitten den Ausdruck, dass ich das jetzt so lapidar sage, aber dann wird es schwierig, weil was mache ich denn, wenn ich nur zwei bis drei Tische im Lokal habe und der Rest Barbereich ist? Dann wird das ein bisschen schwierig, wenn ich dort nicht mehr zusammenstehen darf und nur mehr die Sitzgelegenheiten verwenden darf. Also das wird, glaube ich, für viele, viele Gastronomiebetriebe sehr, sehr hart und schwierig, vor allem natürlich auch in weiterer Folge nicht nur für die Unternehmen, nicht nur für die Betroffenen selbst,

sondern auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Weil wo keine Arbeit stattfindet, kann ich keine Arbeit geben, also da braucht man nicht studiert haben dafür, dass man das erkennt. Ich glaube, dass es die Möglichkeit gäbe, hier Abhilfe zu schaffen bzw. auf jeden Fall einen Impuls zu setzen, denn das kann es sein, nämlich nicht nur hier eine Umschichtung im Budget vorzunehmen oder kreativ zu werden und zu überlegen, wie wir derartige Unterstützungsleistung, wirtschaftliche Unterstützungsleistungen darstellen zu können bzw. auf Reise zu bekommen. Wir haben uns dazu überlegt, weil als Opposition wird einem ja oft vorgeworfen: „Ihr tut ja nur jammern und kritisieren und den Finger auf die Wunde legen“, ja, das ist auch eine Aufgabe von uns, aber es ist auch eine Aufgabe von uns, Alternativen zu finden und Möglichkeiten aufzuzeigen und ich denke, wir haben hier nun mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag noch einmal den Anlauf, eine andere Alternative noch zu wählen als das letzte Mal. Ich hatte ja Gelegenheit, mit unserem Stadtrat persönlich essen zu gehen und ich war eingeladen beim Wirt ums Eck, das habe ich auch genutzt und habe meinen Göstinger Lieblingswirt genommen, den Göstinger Hof, und wir haben dort gespeist und getratscht und uns gut unterhalten, das muss ich sagen, und auch sehr konstruktiv unterhalten, das muss ich auch an dieser Stelle erwähnen, aber natürlich geht es vielen Gastronomiebetrieben, ihm geht es glücklicherweise nicht so schlecht oder nicht mehr so schlecht, aber vielen geht es nicht sehr gut und, wie gesagt, mit den neuen Regelungen wird sich das noch einmal verschärfen, wie auch schon der Sprecher der Gastronomie heute, der Mario Pulker, in einer Aussendung erwähnt hat. Und ich denke, wenn wir hier versuchen, Geld anders zu lukrieren oder das anders einzusetzen, sollte das eigentlich möglich sein und daher haben wir einen Vorschlag gemacht und haben gesagt: Wie können wir Gastronomie, Handel und Dienstleistung verbinden, nämlich sämtliche wirtschaftliche Bereiche, die es da gibt, und ja, es ist möglich. In Villach gibt es ein Modell, das nicht nur erprobt ist, sondern auch gelebt wird. Dort gibt es die Möglichkeit, wenn man beim Handel einkauft, beim Dienstleister oder der Dienstleisterin eine Leistung in Anspruch nimmt, dass man die Rechnung der Stadt

übermittelt, online geht das auch, also zieht auch nicht wahnsinnigen Bürokratismus nach sich, dann hat man die Möglichkeit, 25 % dieser Summe als Gastrogutschein zu erhalten und deshalb unser Vorschlag, das in Graz umzusetzen. Das würde bedeuten bei 7 Mio. Einsatz, wenn man 50 Euro pro Haushalt rechnet, so wie es unser Stadtrat schon einmal erwähnt hat, mit den Kosten von 7 Mio. Euro würden wir einen Umsatzerlös, einen maximalen Umsatzerlös von 35 Mio. Euro in Graz schaffen. Das ist nicht nichts, das wäre eine große Hilfe für viele und die Untergrenze für den Gutschein oder bzw. für die Rechnung wäre 50 Euro und das wäre pro Haushalt; also ich denke, hier hätten wir wirklich Gelegenheit zu helfen und mit der Stadt, mit dem eingesetzten Geld relativ viel Umsatzerlös zu lukrieren und damit auch den gebeutelten Branchen, sei es im Handel, sei es in der Dienstleistung, sei es aber auch vor allem in der Gastro hier unterstützend unter die Arme zu greifen. Denn eines dürfen wir nicht vergessen, wenn die Stundungen enden, Stundungen heißen nämlich, bis dahin aufgespart und nicht geschenkt, wenn die Stundungen der Bundesregierung enden, dann wird zur Kasse gebeten, nämlich im Sozialversicherungsbereich, im Finanzbereich und vieles mehr, und da wird es dann noch einmal schwieriger für die jeweiligen Betriebe mit ihren Beschäftigten und daher würde ich wirklich ersuchen, diesem dringlichen Antrag näherzutreten, diese Prüfung vorzunehmen, inwieweit man das in dieser Frage jetzt wirklich umsetzen kann und nicht mehr vor sich herschiebt, denn andere Initiativen, wie Gratis-Öffis und vieles mehr sind ja auch möglich. Das heißt, auch hier sollte es eine Möglichkeit geben, hier kreativ zu werden und eine Möglichkeit zu finden, um Handel, Gastro und Dienstleistung und den Grazerinnen und Grazern letztendlich einen Impuls zu geben, sich nicht zuhause zurückzuziehen, ein Biedermeierverhalten an den Tag zu legen und auch den Betroffenen zu helfen
(Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dass der in der Gemeinderatssitzung vom 9. Juli 2020 von mir per Dringlichkeitsantrag vorgeschlagene Gastro-Gutschein - der Gemeinderat hatte sich mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ, Grüne und SPÖ auch mehrheitlich für eine rasche Prüfung betreffend Realisierung ausgesprochen – für die Corona-geplagte Gastronomie von großem Wert wäre, zeigen die zahlreichen positiven Rückmeldungen.

In dem Sinne wäre es denn auch wirklich wünschenswert und erforderlich, dass dieses die Gastronomie in den jeweiligen Bezirken stützende Modell möglichst rasch umgesetzt wird, da angesichts alarmierender Meldungen davon auszugehen ist, dass die Corona-Pandemie zumindest in den kommenden sechs bis zwölf Monaten gravierende Auswirkungen haben und zu äußerst vielen Insolvenzen führen wird.

Nachdem sämtliche Wirtschaftsfachleute insgesamt für den Bereich der KMU in nächster Zeit Corona-bedingt massive Probleme befürchten und vor Pleitewellen warnen, bietet sich der Gastrogutschein auch an, angelehnt an das Vorbild Villach, hier insgesamt einen wertvollen Impuls für den Grazer Handel und die Grazer Dienstleistungsbetriebe zu setzen. Und zwar dergestalt, dass jeder Grazer Haushalt einen Gastro-Gutschein in Höhe von 50 Euro erhält, einlösbar ausschließlich in Gastronomiebetrieben im jeweiligen Wohnbezirk) - als eine „Vergütung“ dafür, wenn in einem Grazer Geschäft eingekauft oder ein Grazer Dienstleister/eine Grazer Dienstleisterin beauftragt wurde.

Konkret: Einmalig sollen 25 Prozent eines Einkaufs in einem Grazer Geschäft oder einer Rechnung eines Grazer Dienstleistungsunternehmens über das „Haus Graz“ in Form eines Gastro-Gutscheines rückvergütet werden, der jedoch ausschließlich im eigenen Wohnbezirk konsumiert werden kann. Und zwar 50 Euro pro Haushalt,

wobei die Mindestauftragssumme aufgrund des organisatorischen Aufwandes 50 Euro sein sollte.

Das wäre ein Modell, von dem in der Tat alle profitieren könnten – die Gastronomie, die Grazer Wirtschaft, die Beschäftigten, alle Grazer Haushalte. Und auch die Summe, die mit diesem Modell bewegt werden könnte, kann sich sehen lassen: Bei einem maximalen Einsatz von 7 Millionen Euro durch die Stadt Graz könnten so für Gastronomie und Grazer Wirtschaft mindestens 35 Millionen Euro „mobilisiert“ werden: In dieser Corona-geplagten Zeit wäre das ein wichtiger Impuls für unsere Grazer Unternehmen und für die Gastronomie, und es käme gleichzeitig auch allen Grazerinnen und Grazern zugute.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die ressortverantwortlichen Stadtsenatsreferenten Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler werden ersucht, prüfen zu lassen, inwieweit über das Haus Graz eine nunmehr gemäß Motivenbericht novellierte Initiative „Unser Wirt ums Eck 2.0“ gestartet werden kann. Demgemäß soll heuer jeder Grazer Haushalt einmalig als „Vergütung“ für Ausgaben im Grazer Handel bzw. im Grazer Dienstleistungsbereich unter den im Motivenbericht genannten Kriterien bzw. Voraussetzungen einen Gastrogutschein in Höhe von maximal 50 Euro erhalten, einzulösen ausschließlich im Wohnbezirk.

GR Mag. **Sippel:**

Herr Bürgermeisterstellvertreter, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren. Gott sei Dank sind wir jetzt auch bei einem Thema angekommen, das man

auf der kommunalen Ebene lösen kann. Es war heute schon sehr, sehr viel Emotion hier drinnen, ich meine grundsätzlich muss man sagen, Emotionen sind ja nichts Schlechtes, das Problem ist nur, wenn man dabei die Kontrolle verliert. Das ist heute bei deiner Gemeinderätin passiert, also das ist schon ein totalitärer und auch ernst zu nehmender Befund. Sie hat mir heute hier das Existenzrecht im Gemeinderat abgesprochen, ich muss sagen, Gott sei Dank entscheidet das nicht die SPÖ, entscheiden das nicht, Gott sei Dank nicht, die Grünen, wer hier drinnen sitzen darf und wer nicht, das machen immer noch die Grazer (*Appl.*).

Emotion, also es war ja auch eine Entscheidungshilfe in Wahrheit für die Grazer Bevölkerung, Emotion für Migranten bei der SPÖ, auch bei den Grünen, bei den Neos, Emotion für die leidgeplagte österreichische Bevölkerung auf Seiten der FPÖ, also ich glaube, das ist ja ganz gut, dass diese Unterscheidungsmerkmale auch vorliegen, weil sonst wäre es ja fad (*Appl.*).

Aber es gibt auch Gemeinsamkeiten, die haben wir ja bei den letzten zwei Dringlichen von dir festgemacht, nämlich die Unterstützung der Gastronomen, Unterstützung in Form eines Gastrogutscheines, dieser Antrag hat die Mehrheit gefunden, es ist dann dazu gekommen, dass der Finanzreferent nicht die notwendigen Mittel zur Bedeckung entdeckt hat, und das ist auch zu akzeptieren. Es ist eine Aktion, die hätte 7 Mio. Euro gekostet und dafür war das Geld tatsächlich aktuell nicht vorhanden, und du wirst es nicht glauben, wie wir diese Nachricht erhalten haben, haben wir uns sofort daran auch gemacht nachzudenken, was gibt es für andere Möglichkeiten, was gibt es für andere Ideen und auf diesem Weg und in diesem Prozess ist auch die Idee, die du heute vorgestellt hast, auch uns gekommen. Es war ein bisschen früher, wir haben das dann diskutiert, sind zusammengesessen, haben die Köpfe zusammengesteckt und es hat sich herausgestellt, diese Idee ist zwar gut, mir gefällt sie im Prinzip ja auch, weil sie breiter auch gefasst ist, also sie betrifft ja nicht nur die Gastronomie, sondern inkludiert auch den Handel und das Gewerbe, grundsätzlich sympathisch, aber es hat sich halt auch gezeigt, dass diese Idee keine Kosten-Nutzen-Relation tatsächlich hat. Der administrative Aufwand wäre zu hoch und die Treffsicherheit

für diesen Aufwand tatsächlich gering und dann ist uns die Idee gekommen, wie wir auch unserer Forderung, nämlich der Innenstadtwirtschaft, in erster Linie aber auch den Gastronomen, wirklich helfen kann, und zwar unkompliziert, schnell umsetzbar, ohne großen Verwaltungsaufwand und das wäre tatsächlich die Möglichkeit für die Grazer Bevölkerung, ab kommendem Samstag gratis mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, mit Bim und Bus in die Stadt zu kommen und darüber hinaus, auch sehr sehr wichtig und attraktiv für die Autofahrer, dass es hier ein Parkplatzangebot in den Tiefgaragen in dieser Stadt gibt, attraktive Preise. Es gibt ja insgesamt 4.500 Stellplätze in Graz und das ist eine Aktion, die ab kommenden Samstag läuft, die tatsächlich auch zur Belebung der Innenstadt beiträgt und wir haben immer gesagt, abschließend letzter Satz, dass es, wenn man die Innenstadt beleben möchte, braucht es attraktiven, öffentlichen Verkehr, das ist ein erster Schritt dazu, das ist zu begrüßen und es braucht die Miteinbeziehung des motorisierten Individualverkehrs und beiden ist mit dieser Aktion, die wie letzte Woche vorgestellt haben, umgesetzt. Herzlichen Dank (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler:**

Also zunächst einmal freue ich mich, dir, Michael Ehmann, sagen zu dürfen, dass ich eigentlich wahnsinnig schätze und ich habe das auch sehr genossen, als wir da im Göstinger Hof gemeinsam gesessen sind im Hochsommer, und ich glaube, dass es eine Qualität dieses Gemeinderates ist, und ich habe ja seit 2004 die Möglichkeit, damals als Rechnungshofdirektor, jetzt hier in dieser Funktion, die Möglichkeit, das politische Geschehen hier in diesem Gemeinderat zu beobachten, mitzuerleben und es ist tatsächlich mein Appell, den ich glaube ich das letzte Mal in der nicht öffentlichen Sitzung gesagt habe, den ich heute aber in der öffentlichen Sitzung auch wiederholen möchte, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Und ich möchte, bevor ich dir auf dein Vorhaben antworte, schon auch noch sagen, auch mich machen Worte, die hier in den letzten Stunden

gefallen sind, betroffen, und zwar hier wie da. Es ist tatsächlich niemandem egal, was in Flüchtlingslagern in Griechenland und anderswo passiert, und es ist tatsächlich auch niemandes Recht, mir meine christliche Haltung und meine Haltung zur Barmherzigkeit und zur Chancengleichheit abzusprechen, nur weil wir eben vor Ort helfen wollen und nicht jetzt ad hoc eine Aktion starten, willkürlich 100 Leute herbeizuholen. Ich möchte übrigens auch dem Kollegen von der SPÖ sagen, euer Landeshauptmann Doskozil hatte vor zwei Wochen ja die Jahrhundertchance, der ist am Sonntagabend um 22.00 Uhr in der ZIB 2 beim Armin Wolf gesessen und der Armin Wolf hat ihm dreimal die Rutsche gelegt und hat gesagt: „Herr Landeshauptmann, was ist denn? Warum nehmen Sie nicht die 100 Leute auf?“. Aus irgendeinem Grund hat er das nicht getan. Fragt euch doch bitte alle einmal, warum das so ist, und ich meine, damit will ich jetzt nicht kleinreden das Schicksal dieser Menschen. Herr Bürgermeister hat aufgezählt, wieviel größere und schrecklichere Flüchtlingslager es gibt, aber ich glaube, dass die Strategie trotzdem nicht die sein kann, zu sagen, ok, jetzt ist heute gerade dieses Lager abgebrannt und es ist gerade da ein schrecklicher Zustand und der ist in den Medien und jetzt ist halt gerade Gemeinderatsitzung, also holen wir das über dringliche Anträge hier herein. Ich glaube, dass das nicht seriös ist und ich möchte betonen, dass ich ein christliches Weltbild habe und für Barmherzigkeit und Chancengleichheit bin und ich glaube, dass wir uns alle das nicht gegenseitig hier absprechen sollten, sondern dass wir alle gemeinsam für die Menschen arbeiten sollen (*Appl.*).

Dir, Michi, möchte ich für dein konsequentes Bemühen danken. Ich glaube, dass auch das eint, wir alle wollen den Firmen, den Unternehmen, der Wirtschaft, auch der Gastwirtschaft helfen und tatsächlich ist ja jetzt in den letzten Stunden schon wieder neues Unheil heraufgedrückt, es schaut so aus, als ob man bald wieder nur mehr zu Zehnt wohin gehen kann, es wird wahrscheinlich zu den nächsten Schwierigkeiten für Gastronomie, aber insbesondere auch für Veranstalter kommen, und daher habe ich auch heute schon online erfahren, dass die Bundesregierung z.B. auch angekündigt hat, dass sie die Umsatzsteuersenkung von

5 % für die Gastwirtschaft um ein Jahr verlängert hat, das heißt, Achtung, für jedes verkaufte Schnitzel, für jedes verkaufte Bier, für jeden verkauften Kaffee zahlt man bis Ende 2021 nur 5 % Umsatzsteuer, also es passiert etwas. Wir als Stadtregierung haben die Gastgartegebühren erlassen und wir haben zuletzt ein Wirtschaftspaket geschnürt, das ganz hinter einem Sinne sein muss, wir haben nämlich eine Öffi-Freifahrt bis Ende des Jahres für die Samstage finanziert und angekündigt und es wird auch eine Lösung geben in Form von Gutscheinen. Leute, die in Graz konsumieren, die Graz einkaufen gehen, können Gutscheine bekommen und werden mit diesen Gutscheinen gewissermaßen dazu eingeladen, gratis zu parken ...

Zwischenrufe unverständlich

StR Dr. **Riegler:**

... ja, das heißt, es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen. Ich bin der Überzeugung, dass du und dass wir alle gemeinsam natürlich die Pflicht haben, sobald wir ein Nachtragsbudget haben, sobald wir einen Voranschlag für 2021 haben, möglicherweise auch noch weiter Förderungsmaßnahmen zu machen. Im Moment sehe ich die Dringlichkeit aber insbesondere eher bei den Veranstaltern und Veranstalterinnen. Ich hatte jetzt gerade die Tanzschulen wegen der Maturabälle bei mir, ich habe Veranstalter bei mir, denen geht es allen ganz dreckig, die haben alle überhaupt kein Geschäft und auch keine Aussicht darauf, ein Geschäft zu haben, und tun wir bitte nicht so, als dass nur eine bestimmte Branche jetzt vorzuziehen ist, schauen wir bitte, dass wir insgesamt etwas Gescheites machen; aber trotzdem danke für deinen Antrag, auch wenn wir ihm auch diesmal die Zustimmung nicht gewähren (*Appl.*).

GR Ehmann:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für die Ausführungen, auch von dir, Günter, zu unserem Vorhaben oder zu unserem Antrag. Dass du natürlich wie immer in eloquenter und wortreicher Weise erklärt hast, das Problem ist nur dabei, um die Umsatzsteuer, um davon profitieren zu können von der Umsatzsteuer auf die Senkung von 5 % für ein weiteres Jahr brauche ich einen Umsatz. Wenn keine Leute kommen, habe ich keinen Umsatz, dann habe ich das Problem, dass das nicht ganz aufgeht die Rechnung, und daher war es einfach, wie gesagt, ein Versuch, mehrere Branchen zu implizieren, nicht nur eine Branche, nicht nur die Gastro, sondern die Grazerinnen und Grazer zu unterstützen, sämtliche Branchen damit einzubeziehen, aber ja, wir nehmen es zur Kenntnis, dass es auch diesmal nicht angenommen wurde. Ja, ist so, was soll man machen? Das ist Demokratie, davon lebt man, aber wie gesagt, man kann sich nicht darüber beklagen, welche kreativen Vorschläge wir gemacht haben in dieser Frage, in der Unterstützung in der Krise, aber wir werden auch nicht müde, weiterhin Vorschläge zu bringen und irgendwann wird es ja einmal durchgehen (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne, Neos) abgelehnt.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Damit haben wir den letzten dringlichen Antrag bearbeitet. Ich sage all jenen, die heute zugesehen haben und zugehört haben, danke fürs Dabeisein. Im Oktober ist das nächste Mal die Möglichkeit, wir wechseln jetzt in den nicht öffentlichen Teil, ich darf bitten, die Verbindung, sozusagen nach außen, abzuschalten.